

Volksmacht

für Schlesien

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Hirschstraße 4/6, durch die Filial-Expeditionen der „Volksmacht“, Neue Graupenstr. 5 und Friedrichstr. 103, Matthiassstraße 100, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmt. + 8 Pf. Trägergeld 1.50 Rmt., monatlich 1.75 Rmt. + 35 Pf. Trägergeld + 2.10 Rmt. Durch die Post einfl. Zustellungsgebühren 2.40 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21232, Redaktion 21238
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Dankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückerstattet, wenn Rückporto beiliegt.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Zug 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Verrentungs-, Vermittlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition, Hirschstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Deutsche Justizschande

Abrechnung mit der politischen Parteilichkeit zahlreicher deutscher Richter - Furchtbare Mitteilungen über rechtswidrige und parteiische Urteilsprüche preussischer Gerichte

Im Haushaltsausschuss des Preussischen Landtags machte der demokratische Abg. Kuttner zum Justizetat folgende Aus-
Die erhebliche Verschlechterung der politischen Rechtsprechung im letzten Jahr zeigt, daß die Justiz konjunkturellen Einwirkungen unterworfen ist. Ein so kraßes soziales Vorurteil das Berufsgericht gegen die Richter, in dem es heißt, er sei nur auf dem Rücken des notleidenden Vaterlandes steuerliche Geschäfte gemacht, aber seine Herkunft, Erziehung und gesellschaftliche Stellung schützten ihn trotzdem vor dem Vorwurf abhellenen Betrug, werde man Jahre juristisch kaum finden. Eine ganze Reihe von Polizeipräsidenten hat in den letzten Monaten erfahren müssen, daß die Einstellung der Gerichte ihnen den Schutz in Ruhe und Ordnung unmöglich machten. Insbesondere aus dem Land und aus Kassel liegen eine ganze Anzahl von Fällen vor, in denen schwerbeladene Nationalsozialisten freigesprochen wurden, weil das Gericht die Aussage der Polizeibeamten als unglaubwürdig erklärt und sie ebendies verurteilt hätte. In Berlin hat Amtsgerichtspräsident Rosenkranz einen Kriminalsozialisten, der einen Polizeileutnant zu Boden geschlagen und nur mit 30 Mark Geldstrafe belegt und zur Bewährungszeit empfohlen. In Gleiwitz hat der Oberstaatsanwalt jedes Einreden gegen den Naziagitor Hiltmann auch bei den größten Beschimpfungen der Republik abgelehnt. In Ratibor ist der Richter Straßberger nationalsozialistische Lecher Adamski, der sich der Handlung seiner Frau einen Revolver entnommen und mit in einer Versammlung mehrere Schüsse abgegeben hat, wegen unbewussten Waffengebrauches zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt worden. In Kassel hat das Schöffengericht den Richter Straßberger wegen Amtsmissbrauchs gerichtet gegen die preussische Regierung, mit 50 Mark Geldstrafe geschlagen. Das Berufsgericht hat jetzt den Grafen Weitzap als Sachverständigen eingeladen, daß die Ausdrücke zynisch und frivol in politischen Urteilen nicht als beleidigend gelten. Der Ausbruch Jubelsturm, der sich gegenüber dem Preussischen Innenminister, ist von dem Berliner Schöffengericht für einen strafreien vollständigen Ausbruch erklärt worden. Ebenso der Ausbruch Schwärze gegenüber dem sozialdemokratischen Landrat, natürlich von einem Naziagitor, der wegen Diebstahls mehrfach verurteilt war. Sämtliche Versammlungsreden des Landvolkagitors Hamkens erklärten die Gerichte für eine unrichtige Handlung und deshalb nach Erhebung der ersten Instanz für straflos. Die Bezeichnung des Reichsanstalters als Lump für 100 Mark. Ebenso billig kommt Oberstaatsanwalt von Berg bei seinen dauernden Beschimpfungen weg. Ein Naziagitor schimpft dem Oberpräsidenten Südemann vor: „Nazi“, redet sich damit heraus, er habe Selbstmord begangen. Der Richter bezieht, den Oberpräsidenten Südemann über keine Verantwortung zu übernehmen. Aber ein Richterfelder Frauenarch hat sich über wirklich unangenehme Bemerkungen von Reichsanstalters beschwert und dabei den Ausdruck „schändliches Verhalten“ gebraucht, nach 1500 Mark Strafe zahlen. Es bilden sich die Justizoffene Kapellen.
Der Amtsgerichtspräsident von in Glogau erklärt in einer Urteilsurteilung die Revolution für Meißel und hochverrat und bezieht auch die weitere Kennerung des angeklagten Naziagitors, daß der letzte Aufsatz des Reichspräsidenten von Hindenburg ebenso lächerlich sei wie der Aufsatz der Volksbeauftragten im Jahre 1918. Dieser letzte Aufsatz war allerdings nicht lächerlich, sondern ein großer Erfolg.
Der Landesgerichtspräsident Krebs in Frankfurt a. Main erklärt als Berichterstatter in einem Prozeß gegen Nazis wegen Verleumdung und ist zugleich Leiter der nationalsozialistischen Rechtsanwaltschaft. Natürlich hat er sich dienlich geäußert, er sei ein Mitglied der Nationalsozialistischen Partei ausgehoben. Aber nicht in diese Erklärung ebenso feige und unaufrichtig wie die Erklärung, die Amtsgerichtspräsident Franzen in Kiel wenige Tage vor seiner Wahl zum nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten abgegeben hat.
Die Ausführungen des Justizministers haben klar genug gezeigt, daß der wirkliche Rechtschaden der preussischen Justiz im Ausbruch des Reichspräsidenten a. D. Simons zu suchen ist, die bewußtlose Unterstützung sozialistischer Verleumdungen durch demagogische Rechtsanwältinnen und unzuverlässige Richter dabei sollten die preussischen Richter doch darüber klar sein, daß ihre Unabhängigkeit nur von der Republik geschützt werden kann. Denn im Dritten Reich wird, wie das Weimarer Verfassung des Ministers wird verkündet hat, der Popanz der Unabhängigkeit der Richter verschwunden sein.

gläubig erklärt, auch wenn es sich um offenbar einstudierte Schulausagen von Genossinnen und nahen Angehörigen der Angeklagten handelt. Die Polizeibeamten dagegen, die auf früherer Tag die nationalsozialistischen Exzedenten festgenommen haben, finden auch mit bestimmten und schlüssigen Auslagen bei den Gerichten keinen Glauben. Vielfach müssen sie es sich noch gefallen lassen, von dem Verhandlungsleiter ironisiert und lächerlich gemacht zu werden.
Der Polizeipräsident von Dortmund hat auf diese Mißstände bereits in einer Beschwerde an die preussische Staatsregierung hingewiesen.
Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse in Kassel. Es wird hier verwiesen auf die Freisprechung des Nationalsozialisten Georg Fischer und Oberleutnant Jung, auf die Freisprechung der Eheleute Hoppenreth, sämtliche genannten Freisprüche unter Vorbehalt des Amtsgerichts als Junk. Ferner wird verwiesen auf die auffällig geringen Geldstrafen in den Fällen des nationalsozialistischen Redakteurs Wolfgang Bergmann wegen Verleumdung eines Landrats, sowie des nationalsozialistischen Agitators Jochen Köhler wegen Republikbeimpfung, beide Male unter dem Vorbehalt des Landesgerichtsdirektors Kulenkamp, der gegen linksradikale Exzedenten regelmäßig erhebliche Gefängnisstrafen zu verhängen pflegt.
Wichtig ist von den verantwortlichen Polizeileitern schon geäußert worden, daß die Polizei einfach ungerichtet sei, ihren Aufgaben gegen rechtsradikale Ausschreitungen nachzukommen.

Endlich Linksregierung in Spanien

Alfons gibt nach - Er beruft den Liberalen Sanchez Guerra zur Regierungsbildung - Unabhängige Nationalversammlung garantiert

Paris, 16. Februar. (Eig. Drahtber.)
Die Nachrichten über die Entwicklung der Krise in Spanien treffen in Paris nur sehr spärlich ein.
Der König hat am Montag dem liberalen Führer Sanchez Guerra mit der Regierungsbildung beauftragt. Dieser erklärte sich, wie der „Temps“ berichtet, bereit den Versuch zur Bildung eines liberal-republikanischen Kabinetts zu unternehmen. Er habe jedoch die Bedingung gestellt, daß die unter seiner Regierung einzuberufende verfassunggebende Nationalversammlung in voller Unabhängigkeit und Freiheit über die Zukunft Spaniens beschließen solle. Santiago Alba, dem der König zunächst die Regierungsbildung angetragen habe, habe mit der Begründung abgelehnt, daß er „außerhalb der Krise bleiben“ wolle. „Die Rechte“ von der Verantwortung Guercas, so meldet der „Temps“ weiter aus Madrid, hat zwar niemanden überrascht, da sich die Bildung eines Kabinetts zur Verteidigung der Krone als unmöglich herausgestellt hat. Schon jetzt aber habe die sozialistische Partei ein großer Teil der republikanischen Parteien ihre Unterstützung an der neuen Regierung versagt. Ob es daher gelingen werde, die Monarchie unter dem Schutz und Deckmantel eines republikanischen Kabinetts zu retten, müsse abgewartet werden.
Guerra soll die Vizepräsidentenschaft in der neuen Regierung dem bekannten liberalen Politiker Alvarez angeboten haben. Er soll ferner die Absicht haben, mit dem Republikaner Bertram zu verhandeln, der sich seit dem Aufstand von Jaca in Spanien verbergen gehalten habe. Unklar ist zunächst jedoch vor allem noch, wie sich die Armee und die politischen Generale, die sonst immer im Vordergrund der politischen Bühne standen, verhalten werden. Nach der Ansicht des „Paris Ridi“ gibt es nur zwei Erklärungen für die gegenwärtige Zurückhaltung der Armee: entweder sei Spanien wirklich reif zur Republik oder die Generale wollten den Ablauf der Krise abwarten, um eventuell eine neue Militärdiktatur zu errichten. In dem zweiten Falle aber müßte mit einem blutigen Bürgerkrieg gerechnet werden, der Spanien wie im Jahre 1922 in die Anarchie zurückwerfen könnte.

Sanchez Guerras Kabinettsbildung gelungen? - Alfons soll ganz angehängelt werden

Paris, 17. Februar. (Eigener Funkbericht.)
Hoyas meldet aus Madrid, daß die Verhandlungen Sanchez Guerras um die Bildung einer neuen Regierung soeben erfolglos geblieben seien. Das Havas-Büro glaubt jedoch schon, eine vorläufige Ministerliste vorzulegen zu können, die wie folgt aussieht:
Ministerpräsident: Sanchez Guerra.
Vizepräsident und Auswärtiges Amt: Alvarez.
Justizminister: Villanueva.
Finanzen: Bergamin.

wenn sie hinterher von den Gerichten in dieser Weise desavouiert würde. Dieser Zustand bedeutet zweifellos eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung.

Wir fragen an:
Was gedenkt die Staatsregierung hiergegen zu tun?

Justizminister Schmidt gegen das Verleumdungsbuch von Jarnow-Moritz

Im Haushaltsausschuss des Preussischen Landtags hielt kürzlich der Justizminister Schmidt folgende Rede über die Gegenwartsfragen der Justiz.
Der Minister wies zunächst darauf hin, daß die Infolge der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 zu erwartenden Sparmaßnahmen sich für den Bereich der preussischen Justiz auf 21 Millionen Mark belaufen für 1931 ergeben sich hinsichtlich der Deckung der Ausgaben durch die Einnahmen ein Verhältnis von 49,35 Prozent, also fast der Stand der Vertriebszeit, der 33,29 Prozent betrug, trotz der ständig sinkenden Geschäftszunahme. Die Senkung des Justizbudgets ist nur durch schwere Opfer erzielt worden, welche die Notverordnung den Beamten und Angestellten nicht zulegt, aber auch den Rechtsanwälten auferlegt. Für die hohen Leistungen des gesamten Personals der Justiz spreche er auch in diesem Jahre gern Anerkennung und Dank aus. Die Justizverwaltung vertritt sich keineswegs der ersten Notlage der Rechtsanwaltschaft, die besonders dadurch erschwert werde, daß durch die Notverordnung die Gewerbesteuer für Rechtsanwälte und Notare eingeführt und die Gebühren in Armenachen um 10 Prozent verringert, in Eheachen die einfache Gebühr von 50 Mark auf 25 Mark herabgesetzt worden sei. Jedoch keine der Gedante einer allgemeinen Gebührenherabsetzung in der heutigen Zeit ernsthaft nicht erwogen werden. Die Justizverwaltung sei nach wie vor bemüht, darauf hinzuwirken, daß das Armenrecht nur in wirklich begründeten Fällen bewilligt werde, und daß die Verteilung der Armenmandate angemessen erfolge.
Im letzten Bericht über die Gnadenpraxis vorzubringen, wies der Minister dann darauf hin, daß an der Gewährung bedingter Strafaussetzung (1929: 34.300, 1928: 33.211, 1927: 35.605) das Justizministerium nur mit 3,2 Prozent im Jahre 1929, 6 Prozent im Jahre 1928, 5,7 Prozent im Jahre 1927 beteiligt gewesen sei, während in allen anderen Fällen die Be-

Alfons gibt nach - Er beruft den Liberalen Sanchez Guerra zur Regierungsbildung - Unabhängige Nationalversammlung garantiert

Alfons gibt nach - Er beruft den Liberalen Sanchez Guerra zur Regierungsbildung - Unabhängige Nationalversammlung garantiert

Paris, 16. Februar. (Eig. Drahtber.)
Die Nachrichten über die Entwicklung der Krise in Spanien treffen in Paris nur sehr spärlich ein.
Der König hat am Montag dem liberalen Führer Sanchez Guerra mit der Regierungsbildung beauftragt. Dieser erklärte sich, wie der „Temps“ berichtet, bereit den Versuch zur Bildung eines liberal-republikanischen Kabinetts zu unternehmen. Er habe jedoch die Bedingung gestellt, daß die unter seiner Regierung einzuberufende verfassunggebende Nationalversammlung in voller Unabhängigkeit und Freiheit über die Zukunft Spaniens beschließen solle. Santiago Alba, dem der König zunächst die Regierungsbildung angetragen habe, habe mit der Begründung abgelehnt, daß er „außerhalb der Krise bleiben“ wolle. „Die Rechte“ von der Verantwortung Guercas, so meldet der „Temps“ weiter aus Madrid, hat zwar niemanden überrascht, da sich die Bildung eines Kabinetts zur Verteidigung der Krone als unmöglich herausgestellt hat. Schon jetzt aber habe die sozialistische Partei ein großer Teil der republikanischen Parteien ihre Unterstützung an der neuen Regierung versagt. Ob es daher gelingen werde, die Monarchie unter dem Schutz und Deckmantel eines republikanischen Kabinetts zu retten, müsse abgewartet werden.
Guerra soll die Vizepräsidentenschaft in der neuen Regierung dem bekannten liberalen Politiker Alvarez angeboten haben. Er soll ferner die Absicht haben, mit dem Republikaner Bertram zu verhandeln, der sich seit dem Aufstand von Jaca in Spanien verbergen gehalten habe. Unklar ist zunächst jedoch vor allem noch, wie sich die Armee und die politischen Generale, die sonst immer im Vordergrund der politischen Bühne standen, verhalten werden. Nach der Ansicht des „Paris Ridi“ gibt es nur zwei Erklärungen für die gegenwärtige Zurückhaltung der Armee: entweder sei Spanien wirklich reif zur Republik oder die Generale wollten den Ablauf der Krise abwarten, um eventuell eine neue Militärdiktatur zu errichten. In dem zweiten Falle aber müßte mit einem blutigen Bürgerkrieg gerechnet werden, der Spanien wie im Jahre 1922 in die Anarchie zurückwerfen könnte.

Sanchez Guerras Kabinettsbildung gelungen? - Alfons soll ganz angehängelt werden

Paris, 17. Februar. (Eigener Funkbericht.)
Hoyas meldet aus Madrid, daß die Verhandlungen Sanchez Guerras um die Bildung einer neuen Regierung soeben erfolglos geblieben seien. Das Havas-Büro glaubt jedoch schon, eine vorläufige Ministerliste vorzulegen zu können, die wie folgt aussieht:
Ministerpräsident: Sanchez Guerra.
Vizepräsident und Auswärtiges Amt: Alvarez.
Justizminister: Villanueva.
Finanzen: Bergamin.

Sanchez Guerra lehnt die Kabinettsbildung ab - Der König soll das Land verlassen

London, 16. Februar. (Eigener Drahtbericht.)
Die Königin von Spanien, die seit einigen Tagen bei ihrer erkrankten Mutter weilt, ist am Montag mittag nach Madrid abgereist. Das englische Königspaar gab ihr das Geleit zum Bahnhof.
Der Madrider Korrespondent des „Daily Herald“ drückt seinen Wunsch, daß Sanchez Guerra den Auftrag der Kabinettsbildung am Montag ehestmöglich dem König zurückgegeben habe, da die sozialistische Partei und die Republikaner sich geweigert hätten, in einer von ihm gebildete Regierung einzutreten. Er hätte gefordert, daß der König das Land verlasse, bis die Nationalversammlung zusammengetreten sei und sich darüber entschieden habe, ob Spanien Monarchie oder Republik sein soll. Der König sei jetzt bereit, sich jeder Einmischung in die politischen Geschäfte des Landes zu enthalten, wenn ihm erlaubt werde, in Spanien zu bleiben. Selbst die Demissionen verlangen jetzt, jedoch keine Absicht.

Große Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion gegen die Parteilichkeit

Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag folgende Große Anfrage eingebracht:
In letzter Zeit häufen sich die Fälle, in denen die Polizei ihrem Vorgehen gegen nationalsozialistische Ausschreitungen von den Gerichten im Stich gelassen wird. Die wegen Verleumdung festgenommenen Nationalsozialisten werden von den Landesgerichten, die gegen Angehörige von der kaiserlichen Polizei teilweise schwere Strafen verhängt, mit auffällender Gleichgültigkeit freigesprochen oder zu lächerlichen geringen Strafen verurteilt. Den Angeklagten werden die wichtigsten Schutzrechte gestrichelt. Ebenso werden ihre Entlassungsgeldungen, die teilweise nicht gezahlt werden, von den Gerichten für

Unerhörte Parteilichkeit der Badischen Landeskirche

Genosse Pfarrer Edert-Mannheim seines Amtes enthoben
Der evangelische Oberkirchenrat in Baden hat gegen den sozialdemokratischen Pfarrer Genossen Edert das Disziplinarverfahren eingeleitet und ihn mit sofortiger Wirkung vorläufig seines Amtes enthoben. Der Oberkirchenrat erblickt in dem Verhalten des Genossen Edert eine Gefahr für das Wohl der Kirche. — Genosse Edert ist der Vorsitzende des Bundes der religiösen Sozialisten Deutschlands.

Wie unerhört die Parteilichkeit des badischen Oberkirchenrats ist, geht aus dem Tatbestand hervor, der zur Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen Genossen Edert geführt hat. Im Dezember vorigen Jahres wollte Genosse Edert in einer öffentlichen Versammlung der SPD. in Neustadt a. S. sprechen. Diese Versammlung wurde aber von Nationalsozialisten gesprengt. Der badische Kirchenpräsident verbot dem Genossen Edert, sich an einer später am gleichen Orte angeordneten Versammlung zu beteiligen, da es sich mit dem Ernst und der Würde des Pfarramtes nicht vereinigen lasse, wenn der Träger dieses Amtes in solche (1) zu solchen Missionen... Schlägereien... Der Oberkirchenrat hat sich durch dieses Verbot schuldig vor den nationalsozialistischen Terror gestellt. Seine selbstverständliche Pflicht, den Genossen Edert über die Vorgänge in N. selbst anzuhören, hat er versäumt. Der Kirchenpräsident ersuchte darauf den Genossen Edert, künftig nicht mehr in politischen Versammlungen zu sprechen. Diesen Eingriff in seine staatsbürgerlichen Rechte lehnte Genosse Edert selbstverständlich ab. Darauf wurde er dienstlich aufgefordert, ein Verzeichnis aller Versammlungen, in denen er für die SPD. sprechen wollte, dem Oberkirchenrat einzulegen. Genosse Edert hat diese unerhörte Zumutung abgelehnt, da er darin eine bewusste Provokation seitens der Kirchenbehörde sah. Zur gleichen Zeit wurde ein Sonderbefehl des badischen Gouverneurs des Stahlschloß veröffentlicht: „Ich ordne an, daß das Verhalten des Pfarrers Edert verhindert wird. Geeignete Maßnahmen gehen den StADr. sofort schriftlich oder mündlich zu.“ Auf die Weigerung des Genossen Edert, das verlangte Verzeichnis der Versammlungen vorzulegen, hat der Oberkirchenrat in Baden dem Genossen Edert „bis auf weiteres jedes Ansehen als Redner in politischen Versammlungen“ verboten. Diesem ganz ungerechtfertigten Verbot, das gegen die Reichsverfassung verstößt, hat Genosse Edert nicht gehorcht.

Der badische Kirchenpräsident hat es abgelehnt, den Genossen Edert zu einer persönlichen Unterredung über die ganze Angelegenheit zu empfangen.
Der Antrag zur Disziplinierung des Genossen Edert war ein Urteil. „Ich klage den Präsidenten der Badischen Landeskirche an“, den E. in der von ihm herausgegebenen Wochenschrift „Der religiöse Sozialist“ veröffentlicht hatte. Genosse Edert klagt dem badischen Kirchenpräsidenten und den Oberkirchenrat an Grund der oben geschilderten Tatsachen der Parteilichkeit und des willkürlichen Mißbrauchs der Amtsgewalt an. Die Parteilichkeit der Kirchenregierung beweist er an Beispielen. Wir führen nur eines an: Der Pfarrer Leusch aus Dörrebrennen in Zusammenhang mit anderen Nationalsozialisten wegen Sprengung einer sozialdemokratischen Wählerversammlung vom Amtsgericht in Mühl- im zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Der badische Oberkirchenrat hat nichts gegen ihn unternommen. Der badische Oberkirchenrat hat sich nicht schuldig vor den Pfarrer Edert gestellt, als von allen reaktionären Kreisen eine wüste Hege gegen ihn begann. In der „Pfälzischen Presse“ stand folgendes Wort:

„SAMSTAG, (Hitlerbewegung).
Sämtliche für Mittwoch, 4. Februar, im Bezirk Karlsruher lauten angeordnete Versammlungen sind abgelaufen.
Der berühmte Pfarrer Edert, Mannheim, spricht in Kaiserslautern in der römischen Stadthalle, um wie in Neustadt, unter Führer Adolf Hitler zu beschwören.
Weitere Befehle an die Stürme ergehen noch. Wir werden die Versammlung auch belächeln, wenn Stadtbürgermeister als Ertrag einbringen sollte.“

Die Bezirksleitung.

Wenn es nach solcher Hege zu Zusammenstößen kommt, dann wird die Badische Kirchenregierung dem Genossen Edert vor, er ist die Ursache zu wüsten politischen Schlägereien.
Die Disziplinierung des Genossen Pfarrer Edert hat in allen Kreisen der kirchlichen sozialdemokratischen Wählerchaft begrifflicherweise große Erregung hervorgerufen. Wir warnen die evangelische Kirche Badens davor, ihren unerhörten Kampf gegen unsere Genossen auf die Spitze zu treiben!

Der überführte Stöhr schimpft

Weil er sachlich Löbe nichts zu entgegnen weiß

Der Geschäftsführer der Nazi-Fraktion des Reichstages, Herr Stöhr, der als Vorstandsmitglied des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes ein ziemlich hohes Gehalt ohne jede Gegenleistung bezieht, hat auf den letzten Brief des Reichstagspräsidenten Löbe in Sachen der Diäten für die Reichsgeordneten Antwort erteilt, über deren Inhalt unter anderem folgendes berichtet wird:

„Der Antwortbrief des nationalsozialistischen Abgeordneten Stöhr schließt zwar mit der Formel „in vorzüglicher Hochachtung“ und enthält die übliche Anrede „Sehr geehrter Herr Präsident“, aber er enthält so heftige Angriffe gegen den Reichstagspräsidenten und bringt diese Angriffe in so schroffer Form vor, daß der Abdruck dieses Briefes mit Rücksicht auf die Verbreitung von Verleumdungen bestehende Streikbestimmungen nicht möglich ist.“

Der Ton dieses Briefes paßt zu der Gestattung der Nazi-Fraktion wie das von Herrn Stöhr vom Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverband ohne Gegenleistung bezogene Gehalt in dem Antrag seiner Fraktion auf Auszahlung der von den Reichsgeordneten längst in Empfang genommenen Diäten an die Arbeitslosen.

Der Plan des Völkerbund für ein Agarkreditinstitut

Die erste Tagung des Finanzkomitees beendet
Genf, 16. Februar. (Eigener Bericht.)

Die vom Finanzkomitee des Völkerbundes zur Ausarbeitung eines Organisationsplanes für ein internationales Agarkreditinstitut eingeleitete Sachverständigen-Delegation hat ihre erste Tagung beendet. Im März wird eine zweite Tagung folgen, die eine eingehende Spezialuntersuchung über die Vereinheitlichung des Agarkredits und Kreditverkehrs in den verschiedenen Agrarländern vornehmen soll. Diese zweite Tagung wird dann ein Plan ausarbeiten, der nach Prüfung durch das Finanzkomitee dem Rat und dem Europarat im Mai zur Bewilligung unterbreitet werden soll. In einem provisorischen Schlussbericht über ihre erste Tagung betont die Delegation nochmals die prinzipielle Möglichkeit und Notwendigkeit eines Kreditinstitutes, das den gemeinsamen und internationalen Bauern und den Weltbauern. Diese Agrarbank, deren Sitz in der Schweiz sein soll, ist auf folgenden Grundlagen beruhen. Da der wichtigste Zweck der Beschaffung möglichst billiger Leihgelder auf längere Frist und niedrigen Zinssätzen größtenteils eine Folge des Vertrauens ist, muß um das neue Institut eine Atmosphäre des Vertrauens geschaffen werden durch bestimmte gesetzliche und

Ein Nazi kann bei der Reichswehr gekündigt werden

Eine grundsätzliche Entscheidung des Landesarbeitsgerichts Osnabrück

Das Landesarbeitsgericht Osnabrück entschied sich am Montag dahin, daß die Zugehörigkeit von Heeresangehörigen zur Nationalsozialistischen Partei zur Kündigung berechtigt. Das Arbeitsgericht Wilhelmshaven hatte in der gleichen Sache auf das Gegenteil erkannt.

Ein Elektriker der Reichsmarinewerft in Wilhelmshaven wurde vor mehr als einem Jahre wegen seiner Mitgliedschaft zur NSDAP gekündigt. Zwölf Monate später strengte der Nazi beim Arbeitsgericht Wilhelmshaven Klage an. Das Gericht gab dieser Klage statt, weil Artikel 118 der Reichsverfassung ausdrücklich besage, daß jeder Deutsche innerhalb der allgemeinen Gesetze das Recht auf Meinungsäußerung habe. Er dürfe daher in seinem Arbeitsverhältnis nicht behindert oder benachteiligt werden. Eine Benachteiligung aber sei durch die Kündigung erfolgt. Weiter hieß es in der Begründung des Gerichts, daß die NSDAP eine legale Partei sei.

Gegen diese Entscheidung legte die Reichsmarinewerft beim Landesarbeitsgericht Osnabrück Berufung ein. Durch ihren Rechtsvertreter ließ die Werft ausführen, daß die Reichsverfassung kein unmittelbar anwendbares Recht darstelle. Sie sei nur ein Programm für die spätere Gesetzgebung. Wenn durch den Artikel 118 der Reichsverfassung dem Staate die Möglichkeit einer disziplinarischen Strafe genommen würde, so läme man zu ganz unhaltbaren Zuständen. Dann müsse beispielsweise auch eine Kirche einen Pfarrer weiter beschäftigen, der Atheist sei. Der Artikel 118 gestalte die freie politische Betätigung nicht schlechthin, sondern nur im Rahmen der allgemeinen Gesetzgebung. Schon aus den Grundgesetzen von Treu und Glauben ergebe sich, daß dem Staat nicht zugemutet werden könne, jemand zu beschäftigen, der ihn offen angreife. Der Einspruch des Klägers beruhe auf § 84 des Betriebsrätegesetzes, der die Anrufung des Betriebsrates ermögliche, wenn begründeter Verdacht bestehe, daß die Kündigung wegen politischer Betätigung erfolgt sei. Bei derartigen Tendenzbetrieben wie die Reichsmarinewerft müssen gewisse Beschränkungen gelten. Nach § 87 des Betriebsrätegesetzes seien Tendenzbetriebe derartige Betriebe, die politischen und militärischen Zwecken dienen. Der § 85 besage ausdrücklich, daß das Recht des Einspruchs bei derartigen Betrieben nicht gelte. Die Marinewerft sei zweifellos ein militärischer Betrieb und die im Artikel 118 zugesicherte freie politische Meinungsäußerung finde hier im Rahmen der vorhandenen allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen ihre klar ausgedrückte Einschränkung.

Das Landesarbeitsgericht entschied dahin, daß das Urteil erster Instanz abgeändert und der Kläger abgewiesen werden müsse. In der Begründung seiner Entscheidung schließt sich das Gericht im wesentlichen der von dem Rechtsvertreter der Reichsmarinewerft vertretenen Auffassung an.

Lappo-Präsident in Finnland

Im Verlauf der Reichspräsidentenwahl blieb der Kandidat der Lappländer, Premierminister Soinhuus, im dritten Wahlgang Sieger. Soinhuus wurde mit 151 gegen 149 Stimmen gewählt, die auf den von den Liberalen und Sozialisten unterstützten Kandidaten Stahlberg entfielen.

Das Ergebnis des zweiten Wahlganges war: Stahlberg 149, Soinhuus 96 und Kallio 33 Stimmen.

Selsingfors, 16. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Am Montag nachmittag traten die 300 finnischen Wahlmänner zur Wahl des neuen Reichspräsidenten zusammen. Der erste Wahlgang verlief ergebnislos. Es erhielten an Stimmen: Der Sozialdemokrat Tanner 90, Soinhuus von der Lappo-Gruppe 88, der Kandidat der Agrarpartei Kallio 64 und der frühere Präsident Stahlberg 58 Stimmen.

Und was bekommen die Nazibanditen?

Scharfe Strafen gegen randalierende Kommunisten

In Bad Drenthausen wurden 18 Kommunisten zu Gefängnisstrafen zwischen sechs Monaten und einem Jahre verurteilt.

Die Angeklagten hatten sich kürzlich vor dem Mindener Rathaus zusammengetroffen und drohten es zu künden. Als Rädelführer berührte sich der einzige kommunistische Stadtverordnete. Der Staatsanwalt hatte gegen die Hauptangeklagten unter anderem drei bis fünf Jahre Ehrverlust beantragt.

Der Kampf um die Erwerbslosenunterstützung in England

Unterhausdebatte um die Erhöhung des Erwerbslosensfonds
London, 16. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Am Montag begann im Unterhaus die Debatte über den von der Regierung beantragten neuen Kredit von 20 Millionen Pfund Sterling (400 Millionen Mark) zur Erhöhung des Erwerbslosensfonds. Der neue Kredit ist für die nächsten 20 Wochen berechnet.

Arbeitsminister Bondfield begründete die Forderung und erklärte, daß trotz der eingeleiteten parlamentarischen Arbeitslosenkommision vor Mai kein endgültiger Bericht und vor Oktober keine gesetzliche Verordnung über etwa vorhandene Mißbräuche in der Arbeitslosenfürsorge möglich sei. Deshalb bestche die Regierung auf dem Zuschuß von 20 Millionen Pfund. — Die Konservativen beantragten, den von der Regierung geforderten Kredit auf 10 Millionen Pfund zu beschränken. — Die Debatte dürfte mehrere Tage dauern.

Das Unterhaus bewilligt den Erwerbslosenkredit

Das Unterhaus bewilligte in der Nacht zum Dienstag den von der Regierung geforderten Kredit von 20 Millionen Pfund für den Arbeitslosensfonds. Die Bewilligung erfolgte mit 251 gegen 220 Stimmen.

Der 4. Straffenrat des Reichsgerichts soll mal wieder „Recht sprechen“

Prozess gegen 31 Kommunisten

Vor dem 4. Straffenrat des Reichsgerichts begann am Montag ein Prozess gegen 31 Mitglieder der Kommunistischen Partei, die sämtlich des Hochverrats beschuldigt sind. Die Angeklagten haben im vergangenen Jahre aus einem Gebäude der Militär-Lagerverwaltung in Leipzig-Gohlis 214 Gewehre, ein schweres Maschinengewehr und 30 leichte Maschinengewehre gestohlen. Die Gewehre wurden im Bezirk Leipzig-Leutzsch vertrieben und vergraben. Die Angeklagten liegen im Alter von 25 und 45 Jahren. Ihre Verteidigung wird von nicht weniger als fünf Rechtsanwälten geführt.

Die Verteidigung machte gleich nach Eröffnung der Verhandlungen einen Vorstoß gegen den Vorsitzenden, Reichsgerichtsrat Dr. Schmidt, der sich in dem Polizeistreit zwischen dem Reich und dem Land Thüringen in einer Weise geäußert habe, die die Vermutung nahelege, daß er mit der Nationalsozialistischen Partei sympathisiere. Reichsgerichtsrat Schmidt erklärte, daß er sich nicht für befangen halte. Das Gericht verwarf daraufhin den Antrag auf Ablehnung des Vorsitzenden. Dem wurde mit der Vernehmung der sämtlich aus der Haft vorgeführten Angeklagten begonnen.

Wann verschwindet der ekelhafte Nitichfilm?

Neue Demonstrationen in vielen Berliner Kinos

Die Proteste gegen die Aufführung des Films „Das Fistenkonzert von Sanssouci“ nahmen auch am Montag nachmittag und abend ihren Fortgang. Im „Metro-Kino“ verurteilten die Demonstranten, die Lichtschaltanlage zu beschädigen, um dadurch die zweite Vorführung zu verhindern. Vor dem „Excellior-Kino“ in Neukölln sah sich die Polizei wiederholt gezwungen, gegen Ansammlungen einzuschreiten. Ebenso kam es vor dem „Arikkali-Palast“ zu Ausschreitungen von Demonstrationen. Zahlreiche Demonstranten wurden zwangsgewehrt.

Ein skandalöses Parteiturteil der Billjustiz

Das Urteil im Attentatsprozess

In dem Prozess gegen die des Attentatsverdächtigen auf Marshall Pilsudski angeklagten Pariser sozialistischen Partei-Funktionäre wurden am Montag nachmittag drei Angeklagte zu je einem Jahre Gefängnis verurteilt. Die beiden anderen Angeklagten wurden freigesprochen.

Das Urteil wird allgemein als ein Verleugnungsakt des Gerichtshofes gewertet, zumal nach dem Tasso der als Selbstaufopferung auftretenden Polizeipolizei eigentlich ein Freispruch für alle Angeklagten habe erwartet werden müssen. Ein solches Urteil hätte aber die gegenwärtigen Wähler und ihre Polizei allzu sehr kompromittiert.

In Bromberg findet demnächst ein Prozess gegen einen Redakteur statt, in dessen Verlauf 15 Opfer von Frei-Litowitz als Zeugen auftreten werden. Die Ladung dieser Zeugen erfolgte, weil der Wahrheitsbeweis für die Vorgänge in Frei-Litowitz erbracht werden soll. Als das Gericht einen entsprechenden Beschluß gefaßt hatte, wollte der Staatsanwalt die Anklage zurückziehen. Das Gericht beharrte jedoch auf seinem Beschluß.

Ghandi spricht mit dem Vizekönig

Als Antwort auf den letzten Brief Gandhis hat der indische Vizekönig dem allindischen Führer inzwischen mitgeteilt, daß er zu einer Aussprache gern bereit sei. Ghandi ist darauf nach der Residenzstadt Delhi abgereist.

Im Montag hat eine Unterredung zwischen dem Vizekönig und den drei liberalen Unterhändlern Sapru, Jaganar und Sakri stattgefunden. Im allindischen Kongress sind die Ansichten gespalten, doch haben gegenwärtig die Friedensfreunde die Oberhand.

Konflikt zwischen Kammer und Regierung in Frankreich

Paris, 16. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Zwischen Kammer und Regierung ist ein heftiger Konflikt um die Frage der Arbeitslosenunterstützung ausgebrochen.

Im Verlauf der Beratung des Budgets für das Arbeitsministerium hatte die sozialistische Fraktion die Bewilligung eines Kreditanstrebens von 100 Millionen Franken für die Unterhaltung der Arbeitslosen gefordert. Die Regierung wollte unter Hinweis auf das recht knappe Gleichgewicht des Budgets 20 Millionen bewilligen. Als man sich nicht einigen konnte, wurde der sozialistische Antrag an die Finanzkommission zurückverwiesen. Bei der am Montag abgehaltenen Kommissionssitzung hielten es die reaktionären Abgeordneten für eine besonders kluge Taktik, den sozialistischen Antrag zu überbieten und gleich 200 Millionen anzufordern. Mit diesem demagogischen Antrag fielen sie aber gründlich herein. Die Kommission bewilligte die 200 Millionen mit der knappen Mehrheit von zwei Stimmen. Man darf gespannt sein, wie die Kammer und die Regierung sich zu dieser unerwarteten Verdoppelung der Kreditanforderung stellen werden.

Landvolkfürer erneut verurteilt

Kiel, 16. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Der „Landvolk“-Redakteur Risch, der ebenfalls in der Landvolkbewegung zählende Landwirt Klub und der Gewerkschaften wurden wegen Mißbrauchs gegen die Gewerkschaft zu je 6 Monaten Gefängnis mit zweijähriger Bewährungsfrist verurteilt.

Heute berät das Reichskabinett die Forderungen Schieles

Das Reichskabinett wird sich heute nachmittag mit neuen Forderungen des Reichsernährungsministers befassen. Schiele plant vor allem die Einführung neuer Zölle für Vieh und Fleisch sowie für Holz. Ferner handelspolitische Forderungen, die in einer Reihe bestehender Handelsvertragsverhandlungen beachtet werden sollen. Erhöht werden soll u. a. auch der Zoll für Hüllfrüchte. Die Ermächtigung, wonach die Reichsregierung die Getreidezölle heranzusetzen kann, soll verlängert werden. Die Ermächtigung zur Erhöhung des Einfuhrzollens soll nach den Wünschen des Herrn Schiele sogar eine unbefristete Verlängerung erfahren. Weiter sollen für die Nationalisierung der landwirtschaftlichen Genossenschaften 5 Millionen bereitgestellt werden.

Der Reichsernährungsminister hat die Wünsche im einzelnen in einer Denkschrift an das Kabinett niedergelegt und begründet.

Fastnacht

Dienstag, d. 17. Februar
 Neue Stimmungs-Kapelle
 Bockmützen gratis
**Biere der Brauerei
 zum Nußbaum**

Eisbock!

- Münchener Weißwurst mit Kraut . . . 0.60
- Bayr. Leberknödel mit Kraut . . . 0.60
- Kassler Rippensteak mit warm. Salat . . . 0.80
- Paprikafleisch mit Butterbrot . . . 0.90
- 1. Ente mit Rotkehl und Klöße . . . 1.50
- Eisbeine mit Kraut, Brot und Meerrettich . . . 1.30
- 1 Tasse Kaffee mit Plankuchen . . . 0.30

Nußbaum

Gaststätte

Eisbock: Schoppen 30 Pl., Lagerbiere: Schoppen 30 Pl., Schoppenweine 30 Pl., Fruchtweine: Karaffe 30 Pl., Südwine: Glas 25 Pl. • Schmiedefrücke 20, Kupferschmiedestraße

Samilien-Anzeigen

Am 15. Februar verstarb nach langem Leiden unser Mitglied, der **Stellmacher Herr Rudolf Scholz** im Alter von 43 Jahren. 6126
 Sein Andenken werden in Ehren halten
 Die Mitglieder der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Deutschen Wagenbauer Sitz Gohna (Filiale Breslau).
 Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Lu-berriedhofes in Zempel.

Am 15. Februar starb unser wertiges Mitglied **Frau Selma Sering** im Alter von 52 Jahren.
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihr:
 Die freigewerkschaftl. organisierten Mitglieder der freiwilligen Sterbekasse der Schabfabrik R. Dorndorf. 67
 Beerdigung am 19. Februar, vormittags 11 Uhr, auf dem Bernhardin-Friedhofe in Döngoy.

Stadttheater
 Dienstag, 19.30 — geg. 22.30
 Einmaliges Gastspiel
Willi Wörle
 Der Zigeunerbaron
 Mittwoch, 19.30 — geg. 22.30
 Abom-Sonnt. B 182
Das Spielzeug Ihrer Majestät
 Donnerstag, 19. — geg. 23 Uhr
Lohengrin.

Lobe-Theater
 Telefon 55747
 Dienstag und ab Freitag
 täglich 20.15 bis 22.10
 Die goldenen Besessenen!
Goupet
 Sittlich:
Ein, Zwei, Drei
 Mittwoch u. Donnerstag
 20.15 Uhr
 Schpiel:
Wunder Schimpf
 mit eigener Gewandlung
Der Jdiot

Thalia-Theater
 Täglich 20.15 bis 22
 Der groß-Komödienterfolg
Das geht doch über die Schanz

Schauspielhaus
 Nr. 36/39
 Tägl. 8 Uhr bis
 Freitag, 28. verläng.
 4 Volksvorstellungen
Lori Leux
 in
Viktoria und ihr Husar
 II. Rang 0.50 Mk.
 I. Rang 1.—
 I. Rang 1.50 Mk.

LIEBICH
 Heute Dienstag
 8 Uhr
Fastnachts-Ball
 mit dem
**vollständigen
 Variete-Programm**

Circus Busch
 Schan-Arena
 Heute Dienstag ringen:
 Wunderschöne
 des wegen Kämpfers
 abgetroffenen
 Entscheidungsspieler:
**früher von Prohaska
 Kisch-Benz
 Thomaus Schütz**
 Entscheidung:
Fernstaudt-Iskaniwiz

Umsonst!
 Jede ich mit, wie ich von
 30-jährigen Magenleiden in
 14 Tagen, und zwar endgültig
 erlöset bin. Formulare erbeten.
Kremp, Emma
 Wilhelmstraße 3.
Jeder Fachlehrer
 muß sein Wissen, um es mit
 ihm, seinen Schülern, weiter-
 zugeben. Sonst ist sein
 Schul- und Pensions nur im
 Selbstinteresse. Eine der
 besten Methoden ist die
 Erziehung der Schüler durch
 Erklären. In den
 Schulstunden in den
 Stunden nach dem Unterricht, werden
 Lehrer 9.

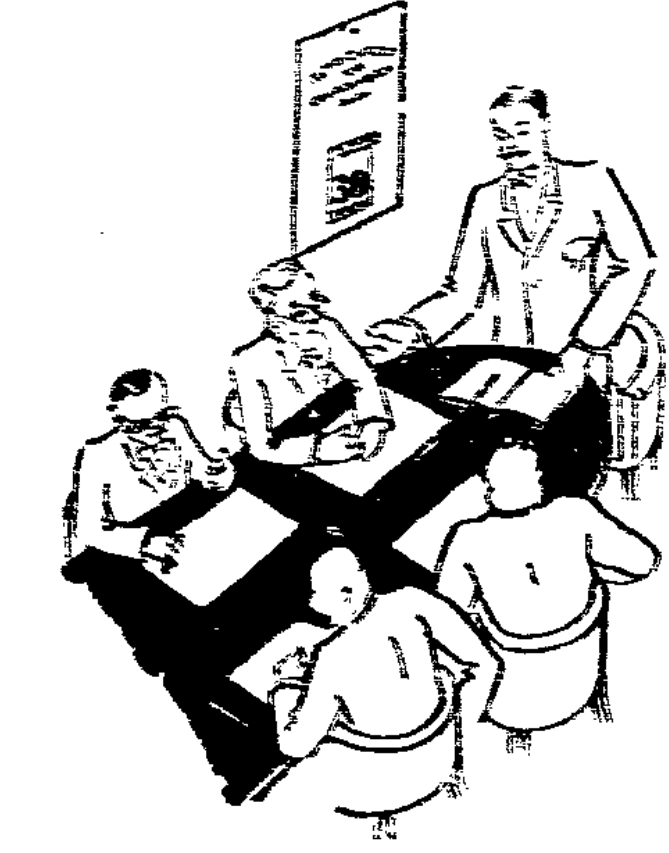
SOEBEN GELANGTE ZUR AUSGABE: Jahrbuch für Wirtschaft, Verwaltung und Kultur Niederschlesiens 1930

Herausgegeben mit amtlicher Unterstützung des
 Oberpräsidenten von Niederschlesien
 Gesamtschiffleitung: Dr. Walter Hawemann
 Kultureller Teil: Will-Erich Peuckert
 Einband u. bildstatistische Zeichn.: Kurt Koger

AUS DEM INHALT:
 Wir greifen einige Titel aus den 52 Arbeiten heraus.
 Aus dem wirtschaftlichen Teil: Internationale Kartelle
 und niederschlesische Wirtschaft / Die Bedeutung des
 deutsch-polnischen Handelsvertrages für Schlesien /
 Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Schlesien
 und dem Balkan / Produktionsumstellung in der
 deutschen Landwirtschaft / Getreidewirtschaft Nieder-
 schlesiens im Lichte der Statistik / 10 Jahre land-
 wirtschaftliche Siedlung in Schlesien / Der Ver-
 waltungsteil bringt Arbeiten aus dem gesamten
 Gebiet der kommunalen Selbstverwaltung /
 Aus dem sozialen Teil: Lage und Entwicklung des
 Arbeitsmarktes in Niederschlesien / Die Wohnver-
 hältnisse in der Provinz Niederschlesien / Die
 Struktur der schlesischen Arbeiterschaft — Über das
 kulturelle Leben der Provinz handeln besonders von
 W.-E. Peuckert redigierte Jahresbericht — Von den
 sonstigen Arbeiten sind besonders hervorzuheben:
 Schlesien und die Ostsee / Schlesien als Ostproblem

Das Werk, das alljährlich ein Gesamtbild des Schaffens der
 Provinz Niederschlesien gibt, findet seine Interessenten aller-
 orts im Reich unter Wirtschaftlern, Soziologen, Parlamen-
 tarier, Sozialpolitikern, Schulen (als Anschauungsmittel)
 und Behörden; denn wenn auch weniger dringend, so
 sind doch die Probleme der Not im Osten überall die
 gleichen, und das Jahrbuch versucht sie in wissenschaft-
 lichen Darstellungen zu untersuchen und zu begründen
 8°. XII und 400 Seiten. Mit zahlreichen Abbild., bildstatistischen
 Darstellungen, Plänen, Grundrissen und Tabellen. In Leinenband
 Preis bis 1. Mai 1931 RM 6.—, nach diesem Tage
 erhöht sich der Preis dann auf RM 7.50

**NEUER DRUCKVERLAG
 Breslau II, Fränckelplatz 3, I.**



Winnig Jucken!

Wir müssen die Organisation unserer Ver-
 waltung unserer technischen Rationalisierung
 besser anpassen. Merken wir uns vor, daß
 in den nächsten Tagen Rücksprache mit der
 Volkswacht-Druckerei gehalten wird. Diese
 Firma ist vorbildlich in der Schaffung
 arbeitsleichter Geschäfts-Drucksachen!

Benutze die Buchkarte

Für 50 Pl. wöchentlich
 muss Du, Du gewinnst tolle von
 amerikanischen Western
 auch Du sofort an einen

Die „Frauenwelt“ den Frauen
 zum Lesen, Denken und Schauen:
„Frauenwelt“
 eine Halbmonatsschrift für die Frau
 des schaffend Volkes Preis 35 Pl.
 Zu bestellen bei all Zeitungsträgern

Alles raucht die feine
 leichte
 „Rathaus“ 10-Pl.-Zigarre
 bei C. Kretschmer
 Schmiedefrücke Nr. 29 b

Berläufe
Inlett federnd
 130x200/6 25
 Friedländer, Sonnenstr. 30

Wohnungen
 für Ledige mit Kind wird
 preiswert, möbl. od. unmöbl.
Simmer gesucht.
 Offert. m. Preisangabe unter
 A. 41 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Leerzimmer
 von jungem Ehepaar zum 1
 März 1931 gesucht. Offerten
 unter Gr. 26 an die Volksw-
 wachbuchhandlg., Breslau III,
 Neue Graupenstr. 5

**Freundliche
 Schlafstelle**
 für Mädchen zu vermieten.
 Offerten unter B. 19 an die
 Geschäftsst. d. Ztg. Flurstr. 4.

Kleine Anzeigen
 sind sofortige gerichtete ein-
 malige Anzeigen von Res-
 kanten Kaufgeboten u. a.
 nur von Privatpersonen
 3 Dienstage fest 4 Wochen

1 Bettsofa, 1 Kleiderkasten,
 1 Bücherregal, 1 Tisch,
 Spiegel mit Schränkchen,
 Bettstelle mit Matratze zu
 verkaufen im 31. Arrondissement
 Michaelsstraße Nr. 19.

Alpacaen mit Pläne und
 große Gleichmühle mit
 Schwungrad für Hausgebrauch,
 billig zu verkaufen. Rabat,
 Albrechtstraße 15, 4. Etg.

Kabine, Marke Benz, 3 Plätze,
 Modell 1931, komplett, für
 60 Mk. zu verkaufen Wiener
 Straße 74, Hinterhaus III,
 bei Kauf.

Gewerkschaftshaus

Heute, Fastnacht
 im Restaurant und kleinen Saal

Schweinschlachten und großes Bodbierfest

Der große und kleine Saal
 ist einige Sonnabende und
 Sonntage für Vereins-Fest-
 lichkeiten noch zu vergeben

Henckers Festsäle ♦ **Morgenan**
 Endstation der Linie 4 :: Telefon 2117
 Heute Dienstag: **Großer
 Faschings-Rummel**
 Sonnabend **Großer Maskenball**
 21. Februar

Luna-Dark Tel. 55604
 Heute Dienstag
 in den prachtvoll dekorierten Sälen
Großer Fastnachtsball
 veranstaltet von der
 Deutschen Radfahrer-Union.
 Anfang 8 Uhr. Diverse Überraschungen.
 Morgen Mittwoch sowie Freitag:
Der beliebte verkehrte Ball.
 Einlage. Jazz aus 2 Flügeln.

Bräuers Festsäle
 Gabitzstraße 22
 Heute Fastnacht:
Wiener Ball-Abernd
 Morgen Mittwoch:
Der beliebte verkehrte Ball

Kurgarten
 Kleinburg — Besitzer: Carl August Seilert.
 Heute
Großer Fastnachts-Ball
 Jubel! Billige Eintrittspreise Trubel!
 Kapelle Walter Adolt Schrofer

Bürgergarten Oswitz
 Heute: **Großer
 Fastnachtsball**
 mit Preistanzen
 Es ladet ein Der Wirt.

Christopher Addison:
**Praktischer
 Sozialismus**
 Übersetzt und mit Vorwort und
 Anmerkungen versehen von
 Hermann Kranold-Steinhaus.
 Pflk. 2.00
Volkswachtbuchhandlungen
 Breslau
 Neue Graupenstr. 5, Friedr.-Wilh.-Str. 105, Flurstr. 4

Der Wahre Jacob
 Sozialdemokratisches Witzblatt
 Zu haben in den Volkswacht-
 buchhandlungen und bei den
 Zeitungsträgern
 Preis 30 Pl

**Reparaturen u. Ersatzteile
 für Fiat- u. NSU-Wagen**
 Vertragswerkstatt der Niederlassung
**Auto-
 werkstatt Hubertus von Anlock** G. M.
 Kaiser-Wilhelm-Straße Nr. 18/20 / Telefon Nr. 39626

15,5 Millionen Ueberschüsse der Breslauer Hausbesitzer an der Hauszinssteuer von Stadtverordneten Georg Stoye

Im Staate Preußen sowie auch in anderen deutschen Ländern wird die Hauszinssteuer, von den Hauseigentümern in prozentualen Zuschlägen zur Grundvermögenssteuer, von den Mietern in prozentualen Zuschlägen zur Friedensmiete erhoben.

100 Prozent Grundvermögenssteuer sind:
4 Prozent der Friedensmiete bei 6prozentiger Verzinsung;
6 Prozent der Friedensmiete bei 6½prozentiger Verzinsung;
8 Prozent der Friedensmiete bei 7prozentiger Verzinsung;
10 Prozent der Friedensmiete bei 7½prozentiger Verzinsung;
12 Prozent der Friedensmiete bei 8prozentiger Verzinsung;
14 Prozent der Friedensmiete bei 8½prozentiger Verzinsung;
16 Prozent der Friedensmiete bei 9prozentiger Verzinsung;
18 Prozent der Friedensmiete bei 9½prozentiger Verzinsung;
20 Prozent der Friedensmiete bei 10prozentiger Verzinsung.
Unter Zugrundelegung einer sechsprozentigen Verzinsung Grundstücke sind 100 Prozent Grundvermögenssteuer = rund 1200 Prozent Hauszinssteuer, das sind für den Mieter 48 Prozent der Friedensmiete.

Im Preußen betrug der Grundvermögenssteuerfuß für je 1000 M. monatlich.

Die Hausbesitzer zahlen an die Steuerklasse:

Bei 6 Prozent Verzinsung 48 Prozent der Friedensmiete, Ueberschuß nichts; bei 6½ Prozent Verzinsung 44,3 Prozent der Friedensmiete, Ueberschuß 3,7 Prozent; bei 7 Prozent Verzinsung 40,8 Prozent der Friedensmiete, Ueberschuß 6,9 Prozent; bei 7½ Prozent Verzinsung 38,4 Prozent der Friedensmiete, Ueberschuß 9,6 Prozent; bei 8 Prozent Verzinsung 36 Prozent der Friedensmiete, Ueberschuß 12 Prozent; bei 8½ Prozent Verzinsung 33,9 Prozent der Friedensmiete, Ueberschuß 14,1 Prozent; bei 9 Prozent Verzinsung 32 Prozent der Friedensmiete, Ueberschuß 16,9 Prozent; bei 9½ Prozent Verzinsung 30,3 Prozent der Friedensmiete, Ueberschuß 17,7 Prozent; bei 10 Prozent Verzinsung 28,8 Prozent der Friedensmiete, Ueberschuß 19,2 Prozent.

Nach § 9 der Hauszinssteuerverordnung werden die Hauszinssteuerbeträge, die der Hausbesitzer an die Steuerklasse zu zahlen hat, den Erwerbsteuern, Sozialrenten, Kleinrenten sowie allen anderen hilfbedürftigen Personen gestundet und können erlassen werden. Aus dieser Tatsache ergibt sich, daß der Hausbesitzer, dessen Einkommen eine höhere als sechsprozentige Verzinsung ergibt, den Armen der Armen noch einen unberechtigten Gewinn erzielt.

den auch der Erwerbsteuern muß den Ueberschuß an den Hausbesitzer zahlen.

Im Himmel schreiende Ungerechtigkeit. Beispiel: Im Hause Nr. 33 wohnt ein 100prozentiger Kriegsgeldbesitzer. Die Friedensmiete seiner Wohnung beträgt laut Mietvertrag 1000 M. Der Betrag der Hauszinssteuerermäßigung beträgt 700 M., während er 48 Prozent der Friedensmiete = 480 M. an den Hausbesitzer zahlen muß; den Ueberschuß von 220 M. in Höhe von 6,90 M. monatlich muß er an seinen Hausbesitzer weiter zahlen. Die von dem Hausbesitzer an die Steuerklasse abzuführende Hauszinssteuer beträgt in diesem Falle nur 12 Prozent der Friedensmiete; der Ueberschuß, den der Hausbesitzer einstreicht, beträgt also 22 Prozent.

Dem hilfbedürftigen Mieter werden bei einer Friedensmiete von 30 RM. monatlich gestundet in einem Haus mit

6prozentiger Verzinsung 48 Prozent der Friedensmiete = 14,40 RM., siebenprozentiger Verzinsung 41,1 Prozent der Friedensmiete = 12,34 RM., achtprozentiger Verzinsung 36 Prozent der Friedensmiete = 10,80 RM., neunprozentiger Verzinsung 32 Prozent der Friedensmiete = 9,60 RM., zehnpromotiger Verzinsung 28,8 Prozent der Friedensmiete = 8,64 RM.

Je höher die Verzinsung des Hauses, desto geringer wird also der Stundungsbetrag für den hilfbedürftigen Mieter.

Nach dem Haushaltsplan der Stadt Breslau für das Jahr 1930 werden rund 3.704.000 RM. = 100 Prozent der Grundvermögenssteuer festgesetzt. Diese Summe ist der Steuergrundsatz für die Errechnung des städtischen Grundvermögens. Da der Grundvermögenssteuerfuß für je 1000 RM. 20 Pf. ist, beträgt der Grundvermögenssteuerwert der Stadt Breslau insgesamt rund 1.543.335.000 RM.

Der Zuschlag zur Grundvermögenssteuer beträgt 1200 Prozent Hauszinssteuer, so daß die jährliche Hauszinssteuer in Breslau 1.852.000 Pf. × 12 × 1200 Prozent = 44.448.048 RM. beträgt.

Die Friedensmiete in Breslau beträgt jährlich zirka 125 Millionen RM.

Man läßt sich diese Zahl allerdings nicht feststellen, da keine amtliche Statistik über die Friedensmieten der Wohnungen geführt wurde. Diese Tatsache ist allen Zeitgenossen hinlänglich bekannt, denn wenn stichthaltige Unterlagen für die Friedensmiete bei diesem Amte vorhanden wären, so man in kritischen Fällen die in Frage kommende Friedensmiete leicht feststellen könnten. Der Betrag von 125 Millionen RM. Friedensmiete ist meines Erachtens eher zu niedrig, wie zu hoch ist, da bekannt ist, daß die meisten Hausbesitzer aus besseren Gründen ihre eigenen Wohnungen und die ihrer Hausbesitzer nicht in die Berechnungen der Friedensmieten einrechnet. Wenn man eine Friedensmiete für Breslau von 125 Millionen als wahrscheinlich annehmen kann, so muß feststehen, daß die Breslauer Mieterschaft bei 1200 Prozent Hauszinssteuer = 48 Prozent der Friedensmiete eine Summe von 60 Millionen RM. an die Hausbesitzer zahlt. Die durch Hausbesitzer an die Steuerklasse zu zahlende Hauszinssteuer beträgt nur, wie vorstehend errechnet, 44.448.048 RM.

Der Ueberschuß, den die Hausbesitzer an Hauszinssteuer jährlich in ihre privaten Taschen stecken, beträgt demgemäß 15.511.952 RM.

Hauszinssteuer beträgt im Durchschnitt in Breslau nicht 100 Prozent der Friedensmiete, sondern nur 35,5 Prozent. Der Ueberschuß, den der Hausbesitzer in seine Tasche steckt, beträgt also im Durchschnitt 12,5 Prozent, die durchschnittliche Verzinsung 6,5 Prozent.

15.511.952 RM. werden von der in bitterer Not lebenden Breslauer Bevölkerung an Hauszinssteuer mehr aufgebracht, als Staat von den Hausbesitzern erhält. Will der Staat Preußen die schreiende Ungerechtigkeit weiter bestehen lassen?

Wenn diese Summen vom Staate erfaßt und der Stadt Breslau zur Verfügung gestellt würden, so wäre die Stadt in der Lage, ein jährliches Bauprogramm von mindestens 1000 Wohnungen jährlich mit einer Kapitalbindung von 5000 RM. je Wohnung durchzuführen.

Damit wäre die ungeheure Arbeitslosigkeit, welche besonders im Winter vorhanden ist, zum größten Teil behoben. Da das

Bauplan als Schlüsselindustrie bezeichnet werden muß, würde eine Belebung des Bauwesens, Arbeitsmöglichkeiten für alle anderen — nur indirekt mit dem Bauwesen verbunden — Betriebe, Arbeitsmöglichkeiten schaffen. Die Arbeitslosigkeit in Breslau würde erheblich zurückgehen, der Wohlfahrtsetat gewaltig entlastet und somit die Finanzen der Stadt wesentlich verbessert. Die Eingriffe der Staatskommission in die Selbstverwaltung der Stadt wäre nicht notwendig gewesen, ein Abbau der Unterstützungsjahre der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger brauchte nicht in den Kreis der Betrachtungen gezogen werden und Mittelstand und Kleinhandel hätte größere Abzweigmöglichkeiten, die ganze Wirtschaft Breslaus würde wieder belebt.

Das alles könnte erreicht werden, ohne daß die Breslauer Arbeiterschaft auch nur mit einem Pfennig neuer Steuern belastet werden brauchte.

Rechnet man den Bestimmungen des § 9 der Hauszinssteuerverordnung gemäß mit einem Ausfall an Hauszinssteuer von 33 1/3 Prozent, so würden der Stadt immer noch 10 Millionen RM. zur Verfügung stehen, das zusätzliche Bauprogramm müßte dann ebenfalls um ein Drittel verringert werden.

So wie die Dinge in Breslau liegen, so liegen sie auch in allen anderen Städten, deren Länder, die Hauszinssteuer noch der Grundvermögenssteuer erheben.

Der Vorstand des deutschen Städtetages hat den Ausfall an Hauszinssteuern der dem Lande Preußen, sowie den

Blinder Passagier und bewaffneter Gast

Eine nachdenkliche Gegenüberstellung

Wenn auf dem Breslauer Hauptbahnhof ein Mann erwischt wird, der sich etwa in Neumarkt in einen Zug zu schmuggeln verstand, ohne eine Fahrkarte gelöst zu haben, so wird er zur Anzeige gebracht, weil er eine strafbare Handlung — Fahrgeldhinterziehung — begangen hat, die sich um Schaden der Deutschen Reichsbahn auswirkt. Einem solchen Vorkommnis wird bei der Polizei so große Bedeutung beigegeben, daß es in Form eines amtlichen Berichtes der Presse zur Veröffentlichung übermitteln wird. Dagegen wäre an sich nichts zu sagen, wenn alle Gesetzesverstöße ohne Unterschied in der gleichen Form an den Pranger gebracht würden.

Wenn aber ein Breslauer Großkaufmann und Oberleutnant a. D. Kurt Zwirner, Hedwigstraße 54, dieser Tage in alkoholierter Verfassung einen Restaurationsbetrieb in der Innenstadt aufsuchen will, vom Portier nicht ins Lokal gelassen wird, aber durch Beiseitdrückung des Portiers hindurchgelangt und im Innern dann einen geladenen und entzündeten Browning auf den Kellner anlegt, weil ihm dieser die Abgabe weiterer Weine verweigert, und wenn sich dieser gleiche Mann auch noch weigert, einem zu Hilfe gekommenen Polizeibeamten die Waffe abzugeben, sondern sie vielmehr auch noch auf den Beamten richtet, so daß sie ihm entfallen werden muß, so ist das mit der oben erwähnten strafbaren Handlung eines blinden Passagiers gewiß nicht vergleichbar. Die strafbaren Handlungen sind viel ernsterer Natur, aber trotzdem weiß ein amtlicher Polizeibericht darüber nichts zu melden.

Erst bei einer Rückfrage erfährt man von der Polizei, daß sich der Vorfall tatsächlich abgespielt habe, aber nicht so ernstlich gewesen sei. Uebrigens sei der Mann ein Schwerkranker, der eine gefährliche Kopoperation habe durchmachen müssen. Der unbefugte Waffenbesitz, die Bedrohungen mehrerer Personen, darunter die der Staatsgewalt, die Tatsache, daß sich ein ähnliches Vorkommnis dieses Herrn bereits einmal abgespielt hat, das alles wird als nicht so schwerwiegend betrachtet und die amtliche Auskunft der Polizei geht dahin, daß gegen den Mann eine Anzeige wegen groben Unfugs erstattet worden ist, von einer Veröffentlichung des Voralles aber abzusehen wurde, weil Ersele ähnlicher Art vielfach vorkommen und ohne besondere Veröffentlichung darüber hinweggegangen wird.

Man könnte sich vorstellen, daß eine Korrekturen als Mißvergnügen betrachtet wird. Ein ebensolcher Musiker würde gewiß aber nur einmal mit einer Waffe öffentlich so auftreten können denn man würde ihn nach einem solchen Vorfall sofort wegen Gemeingefährlichkeit in irgend einer Anstalt internieren und würde die ganze Sache mit einer gewissen Resignation als eine bedauerliche Privatangelegenheit abtun. Wenn aber ein Oberleutnant a. D. ist, da ist doch etwas anderes, da kommt man nicht so schnell darauf, daß nach der seit mehr als elf Jahren geltenden Verfassung alle Staatsbürger vor dem Gesetze gleich sind. Da wird es erst notwendig, auf diesem Wege einmal darauf hinzuweisen.

Mieterschutz für Hausmeister

Vorstoß der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion

Die Ortsverwaltung Breslau des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe hat vor einiger Zeit in einer großen Kundgebung gegen die Verordnung des preußischen Volkswohlfahrtsministers vom 10. September 1930 Stellung genommen, durch die der Mieterschutz für die Hausmeisterwohnungen vom 31. März 1931 ab aufgehoben wird. Die Rechtsverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 enthält fernerhin die gleiche Bestimmung. Durch die Maßnahmen des Staates und des Reiches sind die bisher

Das Antlitz der Weltwirtschaft

Stern-Kreis

Der gestern abend im Nikolaiter mit großem Erfolge begangene Kursus des Genossen Stern, erzählt dadurch eine Veränderung, daß die beiden geplanten Kurse aus Zweckmäßigkeitsgründen zu einem Kursus zusammengelegt werden. Auf diese Weise hat jeder Teilnehmer die Möglichkeit, Genossen Stern an allen Abenden immer über ein anderes Thema zu hören. Der gestern abend begangene Kursus beigemohnt hat, wird dies zu begründen wissen. Am morgigen Mittwoch fällt der Kursusabend der Parteiveranstaltung wegen aus.

Sende und die folgenden Abende aber trifft sich alles im Zeichenjahr der Nordstraße, Nordstraße. Die Jugend sei besonders auf diesen Kursus hingewiesen.

Jeder Teilnehmer bringt sich die gestern abendliche Disposition und Notizblock und Bleistift mit.

anderen deutschen Ländern auf diese Weise jährlich entfehlt, auf 700 Millionen RM. geschätzt

Diese Tatsache verursacht um so mehr Aufsehen, wenn man in Betracht zieht, daß daran Anhalt, Braunschweig, Hamburg, Lippe-Detmold, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Sachsen und Thüringen nicht beteiligt sind, da in diesen Ländern die Hauszinssteuer von der Friedensmiete und nicht nach der Grundvermögenssteuer erhoben wird. Diese Tatsachen sind auch der Reichsregierung sowie der preußischen Staatsregierung bekannt.

Bei der Beratung der dritten Steuernotverordnung wurde am 24. Juli 1925 im Steuerauschuß des Reichstages

ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, der dieses Steuerprivileg der Hausbesitzer aufheben sollte.

und der Auschuß beantragte, die Reichsregierung aufzufordern, auf die Länder einzuwirken, daß die Hauszinssteuer nur in einer Form erhoben werde, die von der Friedensmiete ausgeht. Die preußische Staatsregierung legte im Landtag einen entsprechenden Gesetzesentwurf vor, der aber am 26. März 1926 in namentlicher Abstimmung mit 198 gegen 192 abgelehnt wurde, die Kommunisten stimmten damals mit der gesamten Linken gegen den Gesetz. Da die Reichsregierung nicht in Breslau, sondern in ganz Preußen seit 1926 gewaltig gestiegen ist und die Arbeitslosigkeit ein richtiges Maß angenommen hat, dürfte es an der Zeit sein, daß sich die preußische Staatsregierung der Tatsache erinnert, und unter Umständen — falls es nicht anders möglich sein sollte — im Verordnungswege das Steuerprivileg der Hausbesitzer beseitigt und den Gemeinden das erforderliche Geld zur Arbeitsbeschaffung zur Verfügung stellt.

geltenden Bestimmungen auf dem Gebiete der Wohnungszwangswirtschaft in einem wesentlichen Punkte durchlöcher worden. Durch die Gesetzesänderung sind nicht nur die Hausmeister unter ein Ausnahmemaß gestellt, sondern den Hausbesitzern ist auch der Anreiz gegeben worden, weitergehende Forderungen in bezug auf die Ausschöpfung der Mieterzuschußgelegenheit zu stellen und diese letzten Endes praktisch ganz aufzuheben. Gerade für die Breslauer Hausmeister muß sich die Milderung der bisher bestehenden Gesetze ganz besonders katastrophal auswirken, weil hier die Wohnungsnot besonders groß ist und die Zahl derjenigen Arbeiter, die infolge Arbeitslosigkeit oder geringen Einkommens auf die Uebernahme von Hausmeistergeschäften angewiesen sind, weit über dem Durchschnitt anderer Gemeinden liegt. Es besteht infolgedessen die Gefahr, daß die Hausmeister, um nur ihre Wohnung behalten zu können, auch auf die unbilligsten Forderungen der Hausbesitzer eingehen müssen.

Die Breslauer sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat daher an die parteigenösslichen Fraktionen des preußischen Landtages und des Reichstages das dringende Ersuchen gerichtet, dafür einzutreten, daß die Verordnung des preußischen Volkswohlfahrtsministers vom 10. September 1930 bzw. die in Frage kommende Bestimmung der Rechtsverordnung vom 1. Dezember 1930 aufgehoben wird. Sollte eine generelle Aufhebung nicht möglich sein, so müßten die genannten Bestimmungen wenigstens für den Umfang der Stadt Breslau außer Kraft gesetzt werden.

Erneutes Verbot der Schlesischen Tageszeitung wegen Propaganda zur gewalttätigen Verfassungsänderung

Die Preiskasse des Oberpräsidiums teilt mit: In der „Schlesischen Tageszeitung“ Nr. 25 vom 13. Februar 1931 ist ein Artikel erschienen, der offensichtlich den Zweck verfolgt, in der Bevölkerung eine gewalttätige Verfassungsänderung zu propagieren. In einem weiteren Artikel in der Nr. 26 vom 14. Februar 1931 werden dem verstorbenen Reichsminister Dr. Rathenau „verbrecherische und verzerrende Tatsachen“ vorgeworfen. Wegen dieser beiden Artikel hat der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien auf Grund des § 13 des Gesetzes zum Schutze der Republik in Verbindung mit § 86 des Reichsstrafgesetzbuches und § 3 Ziffer 3 des Gesetzes zum Schutze der Republik am 16. Februar 1931 die „Schlesische Tageszeitung“, die erst vor kurzem wegen eines schweren Verstoßes gegen das Gesetz zum Schutze der Republik auf die Dauer von zwei Wochen verboten war, erneut, und zwar auf die Dauer von drei Wochen, verboten.

Fußgänger und Verkehrsregelung

Fußgänger, die sich an den Kreuzungen mit Verkehrsregelung nicht nach den Lichtsignalen oder Handzeichen richten, werden in Zukunft bestraft

In einer amtlichen Bekanntmachung weist der Polizeipräsident darauf hin, daß in Zukunft der bestehenden Polizeiverordnung, daß sich auch Fußgänger nach der Verkehrsregelung zu richten haben, durchgreifend Geltung verschafft werden wird. Es heißt in der Bekanntmachung, daß viele Fußgänger an den Kreuzungen mit Verkehrsregelung falsch und verkehrgefährdend benehmen und durch dieses Verhalten in letzter Zeit mehrfach Unfälle schwerer Art verursacht haben. Es wird deshalb nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Verkehrsregelung auch für die Fußgänger gilt und die Verkehrsbeamten nunmehr angewiesen worden sind, gegen Zuwiderhandelnde in Zukunft unmissverständlich Anzeige zu erheben.

Fußgänger, die den Verkehrszeichen und den Weisungen der Polizeibeamten zuwiderhandeln, machen sich also nicht nur strafbar, sondern sie begeben sich auch selbst in die größte Gefahr, weil die Verkehrsregelung auf einer Kreuzung mit Verkehrsregelung nicht damit zu rechnen brauchen, daß den gegebenen Verkehrszeichen zuwidergehandelt wird;

das heißt, es braucht kein Fußgänger zu erwarten, daß Kraftwagen oder Straßenbahnen und Radfahrer anhalten müssen, wenn ihre Fahrtrichtung freigegeben ist, bloß weil ein Fußgänger in entgegengesetzter Richtung über die Straße läuft. Fußgänger, die entgegen den Weisungen handeln, haben auch bei einem Unfälle keine Entschuldigungsansprüche, sondern haben vielmehr, wenn durch ihr Verhalten Unfälle verursacht werden, damit zu rechnen, für entstandene Schäden haftbar gemacht zu werden.

In diesem Zusammenhang wird dann in der amtlichen Bekanntmachung nochmals darauf hingewiesen, daß das Halten einer Kreuzung nur bei grünem Licht oder entsprechender Weisung eines Verkehrsbeamten erfolgen darf. Gelbes und rotes Licht betreten den Übergang auch für Fußgänger. Zur Sicherung des Verkehrs werden Uebertretungen dieser Polizeiverordnung in Zukunft mit Geldstrafen bestraft werden, und darüber hinaus bleiben Anzeigen wegen fahrlässiger Körperverletzung unberührt von den Uebertretungskreisen.

Eine nicht alltägliche Frage

Was wollen Sie machen, wenn ich Ihnen jetzt die Scheibe einschlage?

Am Sonntagabend nachmittags erschien in einem Fleischerladen am Ritterplatz ein Mann und bat um eine Gabe...

Brennspiritus getrunken

tot ins Krankenhaus eingeliefert

In seiner Wohnung im Keller eines Hauses in der Jordan-straße wurde am Sonntag früh ein 37 Jahre alter Handelsmann schwerkrank vom Hausmeister aufgefunden...

Herzweifel

Seit 3 Jahren arbeitsloser Familienvater greift zum Strick

Gestern früh hat in seiner Wohnung in der Fischerstraße der 33 Jahre alte Arbeiter Hermann S. freiwillig mit dem Leben Schluss gemacht...

Sanomog auf dem Bürgerfest

aber er raste weiter

In der Nacht zu Montag fuhr ein Mann mit seinem Sanomog der Elbingstraße entlang, und da ihm anscheinend der Fahrer nicht seinen Wagen nicht ausreichte...

Nächtlicher Automobilist

Als in der vergangenen Nacht das Fernverkehrsamt in Begleitung einer Verkehrscollegin am Schwandauer Stadtgraben den Fahrdamm der neuen Schwandauer Straße überprüften...

Jungstämpfe im Circus Zairo

In den Teilnehmer des internationalen Ringkampfturniers um den Goldenen Gürtel von Brüssel zählen von Montag an nun auch die Neger Thomsen und der Pole Kijch...

Am Montagabend brachte man bei den der Neger Thomsen die Umkleehaube des Ringers Thomsen mit dem Namen Thomsen...

Menschliche Erbforchung und Eugenik

In den Räumen der Schlesischen Gesellschaft für Vaterländische Kultur fand am Sonntag, den 18. Februar 1934 die erste Versammlung der wissenschaftlichen Gesellschaft für Eugenik...

Der Prof. Jäger auf die Ursachen und Bedeutung seiner Arbeit eingegangen, gab er einen Überblick über die Grundlagen der Erbforschung...

Es hat sich jedoch in den letzten Jahren eine Bewegung für die Erbforschung gezeigt, die die Bedeutung der Erbforschung...

Mittwoch, den 18. Februar, 20 Uhr

Große Kundgebung gegen die Nazioten

mit dem Genossen Carl Mierendorf, M. d. R. im großen Saale des Schloßwärders

Genosse Stern-Wien spricht über den österreichischen Faschismus

Genosse Hannak berichtet über seine Erlebnisse in Steier

Alle sonstigen Parteiveranstaltungen fallen aus

Eintritt 30 Pf. Partei-Mitglieder 10 Pf.

Erwerbslose Partei- und Gewerkschaftsmitglieder frei

Ein neuer Ruffenfilm erstmalig in Breslau

„Der Mann mit der Kamera“

Ein Querschnitt durch das Leben von heute - Keine Kuliszen - Das Leben wie es ist...

Der Film stellt ein Experiment der Filmübertragung höherer Ercheinungen dar...

Das Leben wie es ist, durch das „Kinoauge“ gesehen. Dieser Film wird Donnerstag und Freitag, den 19. und 20. Februar erstmalig in Breslau im Arbeiterklub, Margaretenstraße, gezeigt...

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Genossin Kasper spricht über die Arbeit der Frauen in der Wirtschaft

Sozialdemokratische Partei

Partei-Verwaltung: Gewerkschaftshaus, Zimmer 167-170

Abteilung Sanktor. Samstags Ordner Mittwoch, 19 Uhr, im Schloßwärdersaal...

Abteilung Sanktor. Samstags Ordner Mittwoch, 19 Uhr, im Schloßwärdersaal...

Abteilung Sanktor. Samstags Ordner Mittwoch, 19 Uhr, im Schloßwärdersaal...

Abteilung Sanktor. Samstags Ordner Mittwoch, 19 Uhr, im Schloßwärdersaal...

Abteilung Sanktor. Samstags Ordner Mittwoch, 19 Uhr, im Schloßwärdersaal...

Abteilung Sanktor. Samstags Ordner Mittwoch, 19 Uhr, im Schloßwärdersaal...

Abteilung Sanktor. Samstags Ordner Mittwoch, 19 Uhr, im Schloßwärdersaal...

Abteilung Sanktor. Samstags Ordner Mittwoch, 19 Uhr, im Schloßwärdersaal...

Abteilung Sanktor. Samstags Ordner Mittwoch, 19 Uhr, im Schloßwärdersaal...

Abteilung Sanktor. Samstags Ordner Mittwoch, 19 Uhr, im Schloßwärdersaal...

Abteilung Sanktor. Samstags Ordner Mittwoch, 19 Uhr, im Schloßwärdersaal...

Abteilung Sanktor. Samstags Ordner Mittwoch, 19 Uhr, im Schloßwärdersaal...

Abteilung Sanktor. Samstags Ordner Mittwoch, 19 Uhr, im Schloßwärdersaal...

Abteilung Sanktor. Samstags Ordner Mittwoch, 19 Uhr, im Schloßwärdersaal...

Abteilung Sanktor. Samstags Ordner Mittwoch, 19 Uhr, im Schloßwärdersaal...

Abteilung Sanktor. Samstags Ordner Mittwoch, 19 Uhr, im Schloßwärdersaal...

Abteilung Sanktor. Samstags Ordner Mittwoch, 19 Uhr, im Schloßwärdersaal...

Abteilung Sanktor. Samstags Ordner Mittwoch, 19 Uhr, im Schloßwärdersaal...

Abteilung Sanktor. Samstags Ordner Mittwoch, 19 Uhr, im Schloßwärdersaal...

Geschäftliches

Ein Geschäft des Bekleidungs-Geschäfts des Herrn nach dem Besuch einer...

Richtig zubereitet (drei Minuten gekocht) schmeckt der Kathreiner

„soo gut, als ob er wunderwie teuer wäre!“

Und dabei kostet das Pfundpaket nur 50 Pfg!

Jugendpolitik

Wittmoß Kundgebung im „Schloßwärdersaal“ Gruppenabende...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Gruppe Schloßwärdersaal-Ordner kommt Donnerstag in der...

Sprechbewegungschor

heute Probe in der Liegnitzer Schule.

Die Lagerverkaufung des Lagers 29 des Konsumvereins...

Von der Feuerwehr. Gestern kurz vor 9 Uhr wurde die Feuerwehr nach Frankfurter Straße 24 alarmiert...

Silberhochzeit feiert heute Genosse Hans Freihube. Therese...

Kinder- und Jugendchor

Für das Massenmerkmal „Kreuzzug der Maschine“ werden noch mehr Jungen und Mädchen vom sechsten Jahre an...

Die Bezirksleitung des Bezirks Breslau des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes.

Wirtschaft

Der deutsche Außenhandel

Auch ein Erfolg der deutschen Arbeiter und nicht nur der Exporteure

Von Kurt Heinig

Im vergangenen Jahre war Frankreich unser größter Warenabnehmer. Der gesamte deutsche Export ist 1930 gegenüber 1929 der Menge nach um nur fünf Prozent zurückgegangen...

Deutschland hat 1930 rund 636 Millionen Doppelzentner Ware nach dem Auslande verkauft...

Was haben wir 1930 an fertigen Waren ausgeführt?

Table with 2 columns: Category (e.g., Kunststoffe, Garn aus, Wolle) and Value in Doppelzentner.

Arbeiter-Sport

Freie Turnerschaft Breslau C. S.

2 Männer-Abteilung. Jugendvolksbühne. Die Karten der gestern ausgefallenen Vorstellung müssen heute in der Turnhalle zurückgegeben werden.

Athletik

Sportvereinigung Nord-Ost - Jiu-Jitsu. Dienstag: Billiardabende.

Kulturvereine

Freie Menschen. Heute abend um 20 Uhr ist unser Gemeinschaftsabend in der Gewerkschule...

Fußball-Gesellschaftsspiele am 22. Februar

- List of football matches including Adler I vs VfL I, 1928 I vs Wader I, etc.

Jugend- und Schülerrmannschaften

- List of youth and student sports teams like Sturm I, Sturm II, etc.

Gewinnausgang

5. Klasse 36. Preussisch-Süddeutsche Staats-Lotterie.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen...

5. Ziehungstag 14. Februar 1931

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 R. gezogen

Table of lottery numbers and prizes for the 5th class of the 36th Prussian-South German State Lottery.

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien zu je 500.000, 2 Gewinne zu je 500.000, etc.

5. Ziehungstag 16. Februar 1931

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 R. gezogen

Table of lottery numbers and prizes for the 5th class of the 36th Prussian-South German State Lottery.

Konzerte / Theater / Veranstaltungen

Stadt-Theater. Dienstag, 19.30 Uhr, einmaliges Gastspiel Willi Wörle... Opernhaus Frankfurt a. M. als Karneval in 'Der Algenauerhahn'...

Antlicher Wetterbericht

des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krietern... Die Wetterlage nimmt über Mitteleuropa wieder einen wechselhaften und unruhigen Charakter an...

Das Wetter im Gebirge

Für den nachfolgenden Stationen werden der Reihe nach Angaben gemacht über Temperatur (7 Uhr früh), Wetter, Windrichtung, Schneehöhe...

Wasserstand

Table of water levels for various locations like Kalibz, Reife (Stahl), etc.

Breslauer Produktenbörse vom 16. Februar

Antliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 16. Februar 1931... An der Börse im Großhandel gezeigte Preise für volle Wagenladungen...

Tägliche Antliche Notierungen

Table of daily market prices for various goods like Getreide, Mehl, etc.

Antliche Notierungen für Feinmehlzeugnisse... Weizenmehl 170/1, Roggenmehl 160/1, etc.

Die vorstehenden Zahlen geben nur ein Gesamtbild. Nehmen wir eine Einzelgruppe heraus...

Table showing specific trade data for various goods like Mehl, etc.

Som notwendigen Lebensbedarf bis zum finanziellen Luxus, alles ist Außenhandel und Weltmarkt...

Errichtung und Finanzierung von Landarbeiterwohnungen

mit zinsfreien Tilgungsdarlehen aus Mitteln der wertgeschätzten Erwerbslosenfürsorge

Zur Beratung von Bauwütigen, die Mittel aus der wertgeschätzten Erwerbslosenfürsorge in Anspruch nehmen wollen...

Es wird ein Vertreter der Schlesischen Heimstätte auszusenden. Sämtliche interessierten Kreise...

Schöne weiße Zähne: Chlorodont

Das Paradies der Bürger

Wie „Intourist“ die Großkapitalisten nach Sowjetrußland einladet...

Man könnte meinen, der blühende Laden unter den Linden in Berlin, über dem in riesigen Lettern „Intourist“ zu lesen ist, sei eine neue Ausgeburt kapitalistischer Verschwendungssucht. Weit gefehlt — es ist das neue Reisebüro der Sowjetunion.

Kein Land der Welt und sei es noch so klein und häßlich, den reichen Ausländer zurück, der sein Geld loswerden will, jeder Staat erstrebt Fremdenverkehr und begrüßt freudig den reichhaltigen Deutschen wie den per Cool & Son verachteten schmittsängler, den vergnügungslüchtigen Lord wie den schlagaldrigen Dollarmissionär. Aber das neue Rußland als Konkurrenz auf dem Fremdenverkehrsmarkt — das ist immerhin eine Ueberrückung. Vieles noelidende Land mit janatishen Haß gegen Luxus und Kapitalismus, das nur von einem Wunsch zu haben scheint, die ganze Welt nach seinem revolutionären Muster umzugestalten, bemüht sich mit einem liebevollen um jene oberen Schichten aller Länder, die von ihrer Vergnügungssucht von Kalifornien zur Riviera, von Kairo nach Paris gehen werden; es bittet und wirbt höflich einen Heinen Abnehmer nach Leningrad oder Moskau, nach Krim oder dem Kaukasus.

Das große Portemonnaie regiert!

Aus den aufsteigenden Prospekten erfährt man sofort, daß Sowjetunion absolut kein Interesse daran hat, ihren angehenden Schülern in aller Welt, den heillosen Bevölkerungsmassen, eine billige Gelegenheit zur Beschäftigung des Landes zu bieten. Im Gegenteil — die Teile der Gesellschaftsreisen nach der Union sind für die Gesellschaften und nur auf zahlungsfähige Geldbeutel zu beschränken, obwohl man verheißungsvoll die Reichtümer des „klassischen Lebensstrates“ in drei verschiedene Preiskategorien einteilt, die von vornherein die sozialen Unterschiede markieren.

In der untersten Kategorie („einfache bescheidene Bekleidung und Verpflegung“) kostet ein sechstageiger Aufenthalt in Moskau 55 Dollar (230 Mark), ungerichtet die Reise; eine Tour Moskau-Leningrad in der mittleren Kategorie 105 Dollar (630 Mark) und eine 30tägige Reise Penin-

grad—Tiflis—Batum—Kiew kostet „mit erstklassiger, allen Komfort bietender Verpflegung und Bedienung“ 720 Dollar (3024 Mark!). Das sind schon „Extraktoren“, die sich nur bestfundierte Großkapitalisten leisten können.

Zarendenmäler stark gefragt

Unsere Bahnen, Hotels, Theater und Klubs sind vorzüglich geheizt. Wir zeigen Ihnen unsere Städte im Auto. Kleiden Sie sich warm, und Sie werden sagen: eine Reise in die UdSSR, im Winter ist nicht nur interessant, sondern auch schön! — Sie verpricht ein Prospekt. Eine besondere Aufstellung berichtet von den Hotelneubauten in ganz Rußland, für die die „Intourist“, staatliche Aktiengesellschaft, insgesamt 20,8 Millionen Rubel ausgegeben hat; eins davon in Leningrad („Alle Zimmer mit fließendem warmem und kaltem Wasser, Bädern, Duschen und Telephonen“) kostete allein 1,7 Millionen Rubel.

Von den architektonischen und künstlerischen Genüssen, die den Rußland-Wanderer erwarten, sind merkwürdigerweise besonders Kirchen, Klöster, Zarendenmäler, die berühmte Peter-Pauls-Festung und die Börse in Leningrad hervorzuheben.

Dienst am Bourgeois-Kunden!

Am interessantesten und aufschlußreichsten ist jedoch der Prospekt „Jagdreisen“. Für 25 Dollar (105 Mark) pro Tag kann man in den Wäldern der Sowjetunion Bären, Wölfe, Füchse, Elche, Eber usw. nach Herzenslust schießen; Waffen und Jelle dürfen kostenfrei ein- und ausgeführt werden. „Es wird garantiert, verspricht „Intourist“, daß jeder Teilnehmer einen Bären oder Elch erlegt.“ Für Ligerjagden gibt es auf Wunsch Spezialausrüstung: kombinierte Jagden auf Bären, Elche und anderes Großwild sowie besondere Ansprüche müssen möglichst zeitig angemeldet werden, damit der Erfolg der Jagdexpedition gesichert ist. Das ist „Dienst am Kunden“ in der Fülle! Die freundlichen Sowjets führen den Fremden „Burschui“ jedes gemüthliche Raubtier schüchtern vor die Klinte und zwischen den Zeilen ihrer Prospekte merkt man das feierliche Versprechen, sogar die Einfuhr antiholochemistischer Weisandjagung durch ausländische Jäger gnädig zu übersehen — wenn nur der mitgeführte Geldbeutel die genug ist...

Furchtbares Verbrechen

Eltern verbrennen ihr Kind im Ofen

Auf dem Markte in Krotoschin in Polen verkaufte ein Bauer aus einem Dorfe, das 7 Kilometer von Krotoschin entfernt liegt, eine Kuh. Da auf dem Markte ein dunkler Wald passiert werden mußte, in dem in letzter Zeit mehrfach Ueberfälle verübt worden sind, gab der Bauer seinem 8-jährigen Sohn den Erlös von 200 Zlotn mit dem Auftrage, sofort davon zu laufen und Hilfe zu holen, falls sie überfallen würden. Im Walde trat plötzlich ein maskierter Mann auf den Weg und schob den Bauer nieder. Das Kind lief so schnell es konnte in das Dorf vor dem Walde zurück, wo die Schwester des niedergeschossenen Bauern wohnt. Die Tante ist sehr beorgt und erbat sich von dem Kinde das Geld zur sicheren Aufwahrung. Das Kind mußte gemeinsam mit seinem gleichaltrigen Vetter zu Fuß gehen, während die Tante nach Hilfe für den Vater schickte. Der Mord war jedoch vom Schwager des Erschossenen im Einverständnis mit der Schwester des Erschossenen verübt worden, bei denen Vater und Sohn vorher eingelehrt waren und wo sie ihr Geld gerügt hatten. Als der Mann nach Hause kam und erzählt, daß er zwar seinen Schwager erschossen, aber kein Geld bei ihm gefunden habe, konnte die Frau ihn bereits mit der Nachricht überraschen, daß der Sohn des Erschossenen mit dem Gelde sich im Hause befindet. Man beschloß, auch das Kind als Zeugen der Tat zu befragen. Der Mann ging in das Schlafzimmer der Kinder, wachte ein Kind in eine Decke, in der Annahme, es handele sich um seinen Neffen. Der große Dien war inzwischen von dem Ehepaar gut gekostet worden. Der Mann warf das in die Decke gehüllte Kind in den Ofen und schloß diesen sofort. Die Kinder hatten im Bett jedoch ihre Plätze gewechselt, jedoch der Vater sein eigenes Kind den Flammen überantwortet hatte. Der achtjährige Neffe des unmenichlichen Paares sich im Pachtweid durch ein Fenster und wurde halb erfroren von einem Landjäger aufgegriffen. Auf der Wache erzählte das Kind seine Erkenntnisse, jedoch das Mörderpaar, das seinen Irrtum noch gar nicht erkannt hatte, sofort verhaftet werden konnte. Beide wurden ins Landgerichtsgefängnis in Krotoschin eingeliefert.

Verkehrshindernisse durch Schneesturm in Ungarn

Der starke Schneesturm und die Schneeverwehungen, die schon in den letzten Tagen des Jahres, führten auf der ungarischen Sudbahn zu völliger Stilllegung des Eisenbahnverkehrs die erst gegen 16 Uhr nachmittags teilweise behoben werden konnte. Da zahlreiche Telegraphen- und Telefonleitungen durch den Sturm ungeschädigt wurden, haben die Budapester Behörden des Verkehrs- und Polizeibüros mit einigen Teilen der Provinz keine Verbindung. Wie die Staatsbahn direkt am 7. Uhr abends mitteilte, können einige wichtige Schneehügel auf der Strecke nach Debrecen nur mit großen Schwierigkeiten abgeräumt werden. Im Gebiet Szekesfehervar können mit Ausnahme der Linie Budapest—Eszekabod keine Züge verkehren. Der Bezirk Kiskunfélegyháza wegen Störung der Telefonlinie von Budapest abgetrennt.

Die Sitte kriecht im Dollarlande

In Chicago verhielt sich die Polizei in der arden Oper während des ersten Aktens des Ständes des Karls v. Caroll 35 Schaulustler wegen ungebührlicher Darbietungen.

Ein Scheintoter

In einem Dorfe bei Groß-Weesert (Dobroschlawafel) hat ein Gehirnerkrankter, der nach der verfallenen Sitte im Wohnzimmer aufgebahrt wurde, während der die Trauerfeier um den Sarg sammelten, erwachte der Sargträger und richtete sich im Sarge auf, was unter den Anwesenden eine Panik hervorrief. Einige besonnenere Männer befreiten den Wirt aus dem Sarge.

Eisenbahnzug seit drei Tagen im Schnee festgehalten

Wie aus Toulouse (Frankreich) gemeldet wird, steht auf der Strecke Toulouse—Puigcerda, zwischen der Stationen Porto und Porta schon seit Sonnabend ein Zug im Schnee fest. 42 Reisende mußten in Porto zurückbleiben.

Die Weiße im Sterben?



Die einst weltberühmte Koloraturlängerin Nellie Melba, die in den Jahrzehnten um die Jahrhundertwende in allen Hauptstädten der Erde Triumphe feierte und dementsprechend zu den höchstbezahlten Sängern gehörte, soll in ihrer aufreibenden Arbeit im Sterben liegen. Eine ihrer Glanzrollen war die

Eine Geisteskranke im Büro des Reichspräsidenten

Gestern am frühen Nachmittag erschien die 30 Jahre alte Frau D. in einem Büro des Reichspräsidenten, um eine Bescheinigung vorzubringen, wobei sie eine Reihe von Ungehörigkeiten beging, die den Reichspräsidenten sehr unangenehm waren. Da es sich um eine geistig kranke Frau handelt, wurde sie auf Anordnung des Reichspräsidenten nach der Reichshauptkaserne gebracht.

Tödlicher Unfall eines Helfers

In dem Restaurant „Hilfskassen“ in der Friedrichshagenstraße 14 in Berlin wurden Sonntagabend im Verlauf einer Vorstellung auch künstliche Darbietungen gegeben. Als 30-jährige Arbeiterin Erich Krüger aus Berlin bereits seine letzte Bredere hatte und am Seil mit dem Trapez in der Höhe herabließ, stürzte er — allem Anschein nach infolge eines Schammasanfalls — aus einer Höhe von mehreren Metern auf die Bühne hinab. Er erlitt schwere Verletzungen, die man ihn sofort nach dem Krankentransport ins Krankenhaus bringen mußte. Hier ist er trotz aller ärztlichen Maßnahmen gestern Nachmittag gestorben.

Bert Brecht klagt

Bert Brecht hat seinen Rechtsbeistand beauftragt, gegen den Reichspräsidenten Ludwig Max die Klage wegen Verleumdung zu erheben. Die Verleumdung wird in der Zeitung „Der Arbeiter“ (in der Zeitschrift „Das Tagebuch“ vom 1. Februar) erörtert. Brecht habe sich im Dreigroschenoperntheater künstlerischen Prinzipien durch Geld abgeben lassen.

Fünftöpfige Familie vergiftet

Unter rätselhaften Vergiftungserscheinungen erkrankte am Sonntag in einem Hause der Adalbertstraße in Berlin eine aus fünf Köpfen bestehende Familie. Es gelang, die Erkrankten mit Giftstoffen ins Leben zurückzurufen. Die Ursache lag vor einem Käse und wiken die plötzliche Erkrankung nicht erklärbar.

Sum 200. Geburtstag der „Frau Kat“



„Katharina Elisabeth von...“

Nach Unterschlagung von 100 000 Mark geflüchtet

Ein Kaufmann namens Karl Wilhelm Feder, der neben seiner angelegenen Stellung bei einer Firma in Frankfurt am Main auch als Vermögensverwalter tätig war, ist nach Unterschlagung einer großen Summe — man spricht von 100 000 Mark — geflüchtet.

Der Brandenburger Raubmord vor der Aufklärung

Die umfangreichen polizeilichen Ermittlungen über den heillosen Mord, der an dem Schuhmachermeister Paul Eckert in Brandenburg a. d. Havel begangen worden ist, haben bereits ein gewisses Licht in das Dunkel der Tat gebracht. Ein Brandenburger Schuhmacher namens Krüger, von dem festgestellt wurde, daß er bei Eckert Schulden hatte, wegen deren es häufig zu Differenzen gekommen ist, ist mit seiner Frau in Haft genommen worden. Die Verdächtigen beizurück bis her mit Unentschiedenheit, mit der Mordtat irgendwie in Verbindung zu stehen.

Senkung der Kinopreise

Zahlreiche Berliner Kinos haben in Anbetracht der wirtschaftlichen Notlage weiter Kreise der Bevölkerung beschlossen, die Preise ihrer Eintrittskarten um 15 bis 20 Prozent zu ermäßigen.

Totentanz

Am 23. November zerbrach vor der Elbemündung im Orkan der Hamburger Dampfer „Luise Leonhardt“ mit 30 Mann Besatzung, die bis auf den letzten Mann umkam. Der Kapitän und ein Matrose wurden wenige Tage nach der Katastrophe an der Westküste der Südatlantik Holstein rot angerieben, jetzt spülten die Wellen am Südufer der Insel die Leiche des 1. Offiziers an den Strand. Die übrigen 27 Toten der „Luise Leonhardt“ ruhen noch immer auf dem Meeresgrund.

Das Erbe des Kapitäns

Der englische Kapitän Robinson, der am 20. Februar 1930 gestorben ist, hatte testamentarisch bestimmt, daß sein Vermögen in Höhe von 7000 Pfund Sterling der deutschen Regierung zur Unterführung von im Weltkrieg verletzten und verkrüppelten deutschen Soldaten zufallen solle. Robinson begründete diese Testamentsbestimmung damit, daß das „heilige und wohlhabende England“ nur in der Lage sei, für seine im Weltkrieg verkrüppelten Soldaten zu sorgen. Bei Deutschland wäre das nicht der Fall. Die Verwandtschaft des Kapitäns hatte dieses Testament angefochten. Nun hat das oberste englische Gericht entschieden, daß das Testament des Kapitäns Robinson seine Gültigkeit habe.

Eine Räuber-G. m. b. H.

In Duisburg wurde eine aus sieben Personen bestehende Räuberbande festgenommen, deren Spezialität vor allem das Stehlen des Kupferdrahtes von Licht- und Signalleitungen bildet. Die Räuber haben im Verlauf ihrer Beutezüge in der Gegend zwischen Aachen und Dortmund für viele tausend Mark Kupferdraht „abmontiert“.

Ausgehobene Fallschmützertwerfmaschine

Die Landeskriminalstelle Dortmund hob in Sundern bei Arnsberg eine große, mit den modernsten Hilfsmitteln ausgestattete Fallschmützertwerfmaschine aus. Vier Personen konnten festgenommen werden. Die Beamten fanden zahlreiche falsche Fünfmarkstücke vor, die beschlagnahmt wurden.

Advertisement for 'Dynamit' (Dynamite) featuring a logo and text: 'Dynamit', 'WER ANNEHMEN ANGESTELLTEN - BEAMTEN A.G.', 'BRANNO'.

Nationalisierte Arbeit

Welt-Arbeitslosigkeit und Freizügigkeit
Von Joh. Kreyen

In Vorkriegszeiten galt der deutschen Arbeiterchaft als eines der größten sozialen Uebel die Beschränkung der Freizügigkeit...

Table with 4 columns: Region, 1875, 1925, and percentage change. Rows include 'auf dem platten Lande', 'in Landgemeinden mit 2000-5000 Einwohn.', 'in den Orten über 5000 Einwohnern'.

Während die Bevölkerung Deutschlands in diesen fünfzig Jahren sich um 68 Prozent vermehrte, blieb die Bevölkerungszahl auf dem platten Lande konstant...

Das gilt mit gewissen Einschränkungen auch von der Wanderungsbewegung über die Staatsgrenzen hinaus...

Der Weltkrieg über hat Deutschland verloren, und seine mindere Bevölkerungszahl im ersten Nachkriegsjahr...

Table with 4 columns: Year, Population, and other metrics. Rows range from 1920 to 1925.

Die nicht 2 Millionen, sondern einhundertfünfzig der beiden letzten Monate des Jahres 1930 etwa 500.000 Arbeiter...

Während bei gleichbleibender Bevölkerung die innerdeutsche Freizügigkeit durch die Arbeitslosigkeit erschwert ist...

Beschränkung soll in Kürze noch einschneidender gestaltet werden; ein Regierungsantrag, für die nächsten zwei Jahre nur zehn Prozent der jetzt zugelassenen Einwanderungsquoten zuzulassen...

Biel stärker als die rechtlichen Hemmungen der internationalen Freizügigkeit sind aber die Wirkungen der wirtschaftlichen Tatsachen...

Abgeänderter Schiedsspruch für die kommunalen Betriebe in Schleswig-Holstein und Lübeck

Der Schiedsspruch für die Arbeiter der kommunalen Betriebe in Schleswig-Holstein und Lübeck vom 26. Januar, gegen den von den Arbeitnehmern Berufung eingelegt worden war...

Die Neuregelung bedeutet im wesentlichen, daß bei einer Arbeitsunterbrechung um eine Stunde die Lohnfortzahlung sich um 10 Prozent vermindert...

Gaufachgruppenkonferenz der Behördenangestellten

Am 16. Februar fand im Volkshaus zu Dieritz die diesjährige Gaufachgruppenkonferenz der Behördenangestellten im Grenzland der Angehörigen zum 2. Delegierten aus rund 20 Gaufachgruppen...

Ins dem vom Reichsanwalter-Kressen erläuterten Bericht war zu entnehmen, daß die Arbeit des G.A. für die Aufrechterhaltung der Amtswürde in Schläfen (die Reichs- und Staatsbehörden haben...

Gewerkschafter! Paritätsgewerkschaften! Die Nationalverbände des Reichstages haben kapituliert! Ein Abmarsch ins Royale hat begonnen!

Abwehr-Organisation gegen den Faschismus Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Kein Zögern oder Überlegen mehr! Kein Verzicht! Keine Nachgiebigkeit!

Die Geltungsdauer beider Schiedssprüche läuft bis 30. September 1931. Sie bringen gegenüber den Sprüchen lokaler Schiedsstellen eine erhebliche Besserung...

Abfuhr für die deutschen Arbeitgeber in Genf

Sie wollten keine internationalen Reallohnvergleiche Die deutschen Arbeitgeber sind in Genf mit ihrer Forderung, das Internationale Arbeitsamt solle keine Reallohnvergleichsstatistik einstellen, abgeblieben...

Neuer Präsident der Reichsversicherungsanstalt

Der Reichspräsident hat den Ministerialrat und Abteilungsdirigenten im Reichsarbeitsministerium Griesmeyer zum Präsidenten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ernannt...

Lohnstreik im nordfranzösischen Bergbau

Paris, 16. Februar (Eigener Funkbericht) Im französischen Bergbau steht ein schwerer Konflikt bevor Die Grubenbesitzer in Nordfrankreich haben, um eine Lohnberechtigung durchzuführen zu können, den im November des vergangenen Jahres abgeschlossenen Tarifvertrag zum 15. März gekündigt...

Küchlid verglich der Vorsitzende die Entwicklung der sozialen Stellung des Beamtentums mit den Kämpfen der Behördenangestellten um ihre rechtliche und soziale Stellung...

Die Frage der Verwaltungsreform, die Unterbringung der Wehrmachtsverwaltungsbeamten in Angehörigenstellen, die Ansprüche auf Gehalt bei Erkrankungen der Unfähigkeit des Beamtenangestellten nach 10 Jahren, Sicherungen bei Wiedereintritt in der Verwaltung...

Starkes Interesse fanden die Ausführungen über die Vorgänge bei dem Kämpfer und dem Gehaltsabbau. Hausherr war nach, daß zum Beispiel bei den letzten Sitzungen im Hause des Reichstages die Vertreter aller anderen Organisationen fehlten (Christen und G.A.)...

Abhängig ist bemerkenswert: Die Reizende wie auch die Feindes stützten einen Geist, der sich offenbar absetzt von den Organisationen, die separatistischen, von Chamberlaini angelegten Ansätzungen auf Legungen von Beamten und Angehörigen anderer Kontexte...